

Korrespondent.

Bezugspreis Vierteljährlich: Bei Abholung von den Verlagsstellen 1 Mk.,
monatlich 35 Pf.; durch die Verleger und die Post bezogen
1,50 Mk., durch den Verleger und Post 1,25 Mk. Postnummer 5 97.
Erscheint wöchentlich 4 mal vormittags 8 1/2 Uhr, mit Ausnahme der Tage
nach dem 2ten u. 3ten Feiertage; in den Feiertagen am Tage vorher abends 8 1/2 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit
14 tägiger Modebeilage.
4 seitige landwirtschaftliche u. handels-
beilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum 8 Pf., für die
zweite 10 Pf., außerdem 15 Pf. Kleinere Anzeigen 25 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden nur
unter Geschäftsstellen sowie sämtlichen Anzeigenstellen entgegengenommen.
— Kabdruck unserer Originalliteratur nur mit Genehmigung gestattet.
— Für unregelmäßige Einzahlungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 74.

Donnerstag den 29. März 1906.

32. Jahrg.

Reichsfinanzreform und Flottenvorlage.

Herr von Stengel ist, wie man ihm ja nachfühlen kann, durch das vorausichtliche Scheitern seiner Reichsfinanzreform stark verstimmt. Die Form, in der er dieser Bestimmung am Dienstag im Reichstage bei seiner Stellungnahme zum Antrag der Freistimmigen auf Einführung einer qualifizierten Einkommensteuer zur Deckung der Flottenkosten Ausdruck gab, war jedoch nicht weniger als staatsmännlich. Bekanntlich ist schon in der Steuerkommission ein Antrag auf Einführung einer Reichsvermögenssteuer, Reichsvermögenssteuer gestellt, aber mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freistimmigen abgelehnt worden. Herr von Stengel tat nun heute sehr entrüstet, daß die beiden Volksparteien es gewagt haben, abermals einen solchen Antrag und zwar im Plenum in Verbindung mit dem Flottengesetz einzubringen; er schien sogar dem Zweifel darüber Ausdruck geben zu wollen, ob ein solches Vorgehen einer in der Kommission unterlegenen „Minorität“ noch loyal genannt werden könne. Diese Entrüstung des Herrn von Stengel war vollkommen deplaciert; sie fand eine Erklärung, wenn auch keine Entschuldigung, nur in dem schiefen Verhalten Nerger darüber, daß die Kommission sein schönes Steuerbuckel so arg zerhaut hat. Es gibt keinen materiellen, oder auch nur formalen Grund, der eine Partei daran hindern könnte, zur Deckung irgend einer großen Ausgaben erforderlichen Vorlage eine förmliche Steuer zu beantragen, auch wenn sie in Zusammenhänge mit einer andern Vorlage vielleicht schon abgelehnt worden ist. Wenn Herr von Stengel aber etwa geglaubt haben sollte, daß er mit seiner im Namen der Verb. Regierungen abgegebenen Erklärung, daß sie jeden Versuch, die direkten Steuern auf das Reich zu übertragen, entschieden ablehnen müssen, auf den Reichstag einen besonderen Einbruch gemacht hat, so dürfte er sich gewaltig täuschen. Die Reichsregierung hat schon recht oft sich gegen diese oder jene Forderungen des Reichstages hoch und heilig versprochen und später ihr feierliches „Niemals“ doch ausgeben müssen. Herr von Stengel hat zwar heute durch allerlei formale Scheingründe den Nachweis zu führen versucht, daß die Reichsrechtsaufsicht keine direkte Steuer sei, und daß daher die Behauptung, die Regierung habe mit dieser Steuer ihre bisherigen Grundzüge durchbrochen, hinfällig sei; der Abgeordnete Mommien hat ihm aber darauf mit vollem Recht erwidert, daß derartige seine feierliche Definitionen den Steuerzahler schwerlich in der Auffassung wandeln machen könnten, daß die Einkommensteuer ebenso wie die Einkommensteuer eine direkte Steuer ist. Herr von Stengel mag es also ruhig weiter mit seiner „Doctrin“ halten.

Die sachlichen Ausführungen der einzelnen Redner über die Flottenvorlage selbst traten am Dienstag zeitweise gegenüber dieser wichtigen Deckungsfrage in den Hintergrund. Aus der Rede des Staatssekretärs des Reichsmarineministeriums verdient im Hinblick auf die merkwürdige Kritik des Flottenvereins, dessen Matadore sich in der öffentlichen Herabsetzung des Wertes unserer Flotte nicht genug tun können — Herr Generalmajor Kreim hat bekanntlich wiederholt verächtlich von dem deutschen „Flotten“ gesprochen — besonders hervorzuheben zu werden, daß nach der persönlichen Auffassung des Herrn v. Tirpitz unsere Flotte durch das Flottengesetz von 1900 der französischen gleichwertig gemacht worden sei. Die Agitatoren des Flottenvereins suchen demgegenüber bekanntlich die Darstellung zu verbreiten, als ob die deutsche Flotte unter den Seestreitkräften der Mächte erst an 5. oder 6. Stelle rangiere. Nicht bemerkenswert war ferner, daß selbst der freisinn. Graf Arnim und insbesondere der Plankomit. Liebermann von Sonnenberg, der selber hervorragendes Mitglied des Alldeutschen Vereins ist, mit dem Flottenverein wegen seiner ungerechten Angriffe auf die Marineverwaltung nicht gerade sänftiglich umsprangen. Ueber

die Stellung der freis. Volkspartei zur Flottenvorlage verlas der Abg. Dr. Müller-Sagan eine Erklärung, wonach die Partei zwar die Forderungen billigt, aber ihre Bindung ablehnt und sie nur alljährlich im Rahmen des Etats bewilligen will. Den Antrag auf Einführung einer Reichsvermögenssteuer zur Deckung der Flottenkosten begründete der Abg. Dr. Müller-Meiningen in einer höchst wirkungsvollen Rede, in der er insbesondere den hochwichtigen Flottenförwärmern einige unangenehme Wahrheiten sagte, wie z. B. die: „Patriotismus auf Kosten Anderer ist nicht viel wert.“

Von der Marokko-Konferenz.

Das offizielle Communiqué über den Verlauf der Sitzung am Montag besagt: Die Konferenz erörterte am Montag den Text des von dem Redaktionsausschuß vorbereiteten Entwurfs der Organisation der Polizei. Die spanischen Delegierten erinnerten zunächst daran, daß die Organisation der Polizei auf die acht für den Handel geöffneten Häfen beschränkt werden müsse, und daß in dieser Beziehung keine Änderung für den Rest des Reiches vorgebracht werden dürfe. Spanien beanspruchte wie Frankreich aus dieser Tatsache das Recht, unmittelbar und ausschließlich mit dem Sultan die Polizei gemäß den von der Konferenz bereits angenommenen Grundsätzen zu regeln, die das Recht dieser Nationen in bezug auf den Waffenschmuggel und das Zollreglement betreffen. Nachdem die Konferenz von dieser Erklärung Kenntnis genommen hatte, kündigte der erste Delegierte Oesterreich-Ungarns an, daß es nach erneuter Prüfung der Frage empfehlenswert erschienen sei, in Casablanca eine neue dritte Macht angehörenden Inspektoren aufzustellen und andererseits auch seinem mit der Inspektion beauftragten Offizier Kommando-Funktionen in irgend einem der Häfen anzuvertrauen. Nachdem der erste Delegierte Deutschlands sich dieser Erklärung angeschlossen hatte, trat die Konferenz in die Prüfung der einzelnen Artikel des Entwurfs ein. Sie nahm den ersten Artikel an, welcher bestimmt, daß die Polizei aus marokkanischen Truppen gebildet und auf ihre Standorte unter der Autorität des Sultans verteilt werden soll. Artikel zwei, welcher die Ausbildung der Polizeitruppen französischer und spanischer Offiziere und Unteroffiziere anvertraut, und die Bedingungen ihrer Anwerbung durch den Nachen festsetzt, wurde in gleicher Weise ohne Vorbehalt mit unbedingten formalen Änderungen angenommen. Die Redaktion des Artikels drei, welcher die Art der Ausbildung, die Befugnisse der Inspektoren, sowie die Vorbereitung des Reglements für die Organisation der Polizei betrifft, gab zu verschiedenen Ausstellungen Anlaß, welche die Teilnahme des Inspektors und des diplomatischen Korps bei der Ausarbeitung dieses Reglements berühren. Der Artikel wurde an den Redaktionsausschuß zurückverwiesen, um einen endgültigen Text herzustellen. Die Konferenz nahm ferner Artikel 4 an, welcher die Effektstärke der Polizeitruppen auf höchstens 2500 Mann, die Zahl der Offiziere auf höchstens 20, die der Unteroffiziere auf höchstens 40 festsetzt. Artikel fünf, welcher das Budget für die Polizei auf 2 1/2 Millionen Francs festsetzt, wurde gleichfalls angenommen. Artikel sechs und sieben, die sich auf die Schaffung einer Inspektion der Tätigkeit der Polizei und auf die Funktionen des Inspektors, der aus der schweizer oder niederländischen Armee gewählt werden soll, beziehen, gaben Veranlassung zu einer Erörterung, im Laufe derer der erste österreichisch-ungarische Delegierte eine Anzahl Amendements einbrachte, die die Intervention des diplomatischen Korps in der Kontrolle der Tätigkeit der Polizei und die Beziehungen des diplomatischen Korps zu dem Inspektor vorsehen. Nach Erörterung dieser verschiedenen Amendements wurden diese dem Redaktionskomitee mit dem Auftrag überwiesen, eine neue Fassung vorzubereiten. Die Konferenz nahm zum Schluß Artikel acht und neun an, nach denen das Gehalt des Inspektors auf 25 000 Francs fest-

gesetzt wird. Die nächste Sitzung ist für Dienstag nachmittags 3 Uhr angesetzt.

Politische Uebersicht.

Frankreich. Ein französischer Ministerrat fand am Dienstag mittag statt. Präsident Fallières unterzeichnete dabei auf Antrag des Kriegsministers Etienne ein Dekret, durch welches der Artilleriechef de Croix bei 35. Artillerie-Regiments in Vannes, Departement Morbihan, in Disponibilität mit halber Solde versetzt wird. De Croix wurde am Montag vom Kriegsgericht des 11. Armeekorps, vor das er wegen Nichtbefolgung eines militärischen Befehls gestellt worden war, freigesprochen. Der Kriegsminister erklärte, daß er entschlossen sei, alle Offiziere jener Gegend zu verlegen. Der Minister des Auswärtigen Bourgeois erklärte über den Stand der Arbeiten der Konferenz von Algéciras, der Minister Clemenceau über den Ausstand der Bergarbeiter in den Departements Nord und Pas de Calais Bericht. — Eine Maßregel gegen Deutschland? Aus Anlaß der am Montag unter dem Vorhild des Marineministers Thomson stattgehabten Sitzung des höheren Marinerats weiß das „Echo de Paris“ darauf hin, daß das Mitglied des höheren Marinerats, Vizepräsident Gournerier, in einem Bericht bei der Anshauung vertreten habe, daß alle Panzerschiffe und Panzerkreuzer in der Nordsee konzentriert werden müßten. Das Blatt glaubt, der höhere Marinerat werde dieser Ansicht beipflichten. — Zu Zusammenrottungen kam es am Montag in Montreuil (Dep. Haute-Loire) bei der Beerdigung eines Landwirts, welcher den von mehreren Wochen bei einer Kränkenwinternaufnahme erlittenen Verletzungen erlegen war. An der Beerdigung, bei welcher heftige Reden gegen das Trennungsgesetz und die Regierung gehalten wurden, nahmen etwa tausend mit Feuerwaffen bewaffnete Bauern teil. — In Genesbat (Dep. Morbihan) veranstalteten ausländische Verleger einen Umzug, bei welchem sie eine Trifolore mit dem Herzen Jesu durch den Straßenschmuck schleiften. Zwischen der Polizei und den Manifestanten kam es zu Zusammenstößen, wobei mehrere Polizisten verletzt wurden.

Schwiz. Die eidgenössische Staatserrechnung für 1905 schließt mit einem Einnahmehüberschuß von rund 1 1/2 Millionen Franken ab. — Der Ständerat genehmigte in Uebereinstimmung mit dem Nationalrat die Vorlagen betreffend die Neuorganisation der Gebirgsartillerie und die Ausrüstung derselben mit einem Kruppischen 7,5 Zentimeter-Rehrücklaufgeschütz.

England. Die Königin von England reist dem „Figate“ zufolge über Paris nach Marseille; sie erwartet dort den König Edward und unternimmt dann an Bord der „Yacht Victoria and Albert“ eine Kreuzfahrt im Mittelmeer.

Spanien. Der König will gegenwärtig auf Terriza. — Eine Karlistenvereinigung hat die Polizei von Barcelona entdeckt. Es wurden bei einer Reihe von Mitlettern eine Anzahl Gewehre und Patronen beschlagnahmt.

Türkei. Ueber einen türkisch-italienischen Zwischenfall berichtet ein Telegramm aus Tripolis. Der italienische Vorkapitän in Konstantinopel hat bei der Fortifikation Vorstellungen erhoben und Genehmigung dafür verlangt, daß einige Soldaten entgegen den geltenden Bestimmungen in den Garten des Dolmetschers des italienischen Vizekonsuls in Bengasi eingeschoben waren. Die Fortifikation hat hierauf den Vizekonsul von Bengasi angewiesen, die Soldaten vor Gericht zu stellen und dem italienischen Vizekonsul sein Bedauern über den Vorfall auszudrücken. — In den an die Türkei grenzenden Bezirken Persiens herrscht große Verunruhung wegen der türkischen Rüstungen. Die persische Regierung ist jedoch eifrig bemüht, eine friedliche Lösung wegen des Lahidschanterritoriums zu erzielen.



China. Aus China wird der Londoner „Daily Tribune“ gemeldet, die Kaiserin-Witwe habe trotz der Weigerung der Bischofliche der süblichen Provinzen, die von Juanchifai zur Unterbindung der jüngsten Unruhen geschickten Sendboten zu empfangen, deren Empfang durchgesetzt und so einen Präzedenzfall in China geschaffen, durch den die vietnamesischen Machtbefugnisse verringert und eine tatsächliche Diktatur Juanchifais errichtet wird. — Am Donnerstag empfing die Kaiserin-Witwe, die sich entgegen den Meldungen Londoner Blätter ausgezeichneter Gesundheit erfreut, den Kommandeur der Dänischen Besatzungsbrigade, Generalmajor Regel in Abschiedsaudienz.

Zur Lage in Russland.

Durch einen Ukas des Zaren werden die Wahlen zur Reichsduma für Estland auf den 27. April, für Kurland und Livland auf den 3. Mai festgesetzt.

Judenkenne werden im Gouvernement Grodnov befristet. Aus Kamenez weiß die „Petereb. Tel.-Agent.“ zu melden: Gestützt auf ihre große numerische Überlegenheit im Kongress der Städte bemühen sich die jüdischen Wähler nur über jüdischen Kandidaten durchzubringen. Die christliche Bevölkerung ist sehr erregt, die Lage bedrohlich, es sind Maßnahmen getroffen worden, um Judenkenne zu verhindern. In Kamenez, Baltia und Nemirov befinden sich einige Zentren Kofaken, in anderen Städten und Dörfern sind die Polizeieinheiten verfrachtet. In Kamenez ist die Lage noch verwickelter dadurch, daß die Bevölkerung gegen die Juden deshalb erbittert ist, weil diese häufig auf dem Wege, den der Gouverneur nahm, eine Parade zum plagen gebracht haben sollen.

Der Verlust an Schiffen, die im russisch-japanischen Kriege verloren gegangen sind, beträgt nach Berechnungen des russischen Marineministeriums 278 Millionen Rubel, also rund 600 Millionen Mk. Aus dem Innern Russlands verbreitet die „Petereb. Tel.-Ag.“ noch folgende Telegramme: Brjansk, 26. März. In der Technischen Hochschule ereignete sich heute eine Bombenexplosion; das Schulbureau beschloß, die Schüler der vier höheren Klassen vom Unterricht auszuschließen.

Tschita, 27. März. Das Kriegsgericht hat 13 wegen Beteiligung an dem Ausstande der Post- und Telegraphenbeamten angeklagte Beamte zum Tode verurteilt.

Deutschland.

Berlin, 28. März. Gestern morgen hörte der Kaiser von 9 Uhr ab die Berichte des Chefs des Militärkabinetts und des Chefs des Admiralstabes der Marine.

Die Trauerfeier für die verstorbene Herzogin Wilhelme von Mecklenburg Prinzessin Alexandrine von Preußen fand Dienstag mittag in der Friedenskirche zu Potsdam statt. Der Sarg war vor dem Altar aufgebahrt. Im Altarraum versammelten sich nach den Seiten der Bekörben der Kronprinz, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, die Prinzen Guisl Friedrich, August Wilhelm, Friedrich Leopold mit Gemahlin, Friedrich Heinrich, Joachim Albrecht, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, Mitglieder des süßlichen Hauses Keuß und die Gefolge. Um 12 Uhr betrat der Kaiser und die Kaiserin die Kirche. Die Feier begann mit dem Gesang des Berliner Domchors: „Wenn der Herr die Gefangenen Jions erlöset wird.“ Nach dem Gemeingeßang hielt Sopsprecher Wendland eine liturgische Andacht. Den Schluß bildete der vom Chor gefungene Chorvers: „Wenn ich einmal soll scheiden.“

Der österreichische Kronfolger in Dresden. Am Dienstag mittag 1 Uhr traf Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich in Begleitung des Fürsten Starobenberg und anderer hoher Würdenträger zum Besuche des Königs in Dresden ein. Der König, der die Uniform seines österreichischen Dragoner-Regiments Nr. 3 trug, Prinz Johann Georg, der österreichische Gesandte Fürst v. Beau und die Spizier der Militär- und Zivilbehörden waren zum Empfang erschienen. Der König und der Erzherzog begrüßten sich herzlich. Nach Vorstellung des Gefolges schritt der hohe Gast die Front der Ehrenkompagnie ab, worauf der König und der Erzherzog nebst Gefolge durch die festlich geschmückten Straßen unter Hochrufen des Publikums sich nach dem Schloß begaben. Hier ernied wiederum eine Ehrenkompagnie die militärischen Ehren.

Der Rücktritt des Kultusministers Studt) wird in der Presse mit ziemlich regelmäßiger Wiederholung von Zeit zu Zeit angezeigt. Neuerdings ist es wieder der Berliner Korrespondent der „Münchener Neue. Nachr.“, der seinem Blatt meldet, daß die Nachricht vom baldigen Rücktritt des Ministers Studt) mit großer Bestimmtheit aufträte. Er solle es längst bereit haben, sein Oberpräsidium in Weisungen mit dem Ministerposten vertauscht zu haben, und sich wieder nach einem Oberpräsidium sehnen.

Der Korrespondent des Münchener Blattes macht darauf aufmerksam, daß in den nächsten Monaten das Oberpräsidium von Sachsen infolge des Abgangs von Böttcher frei wird, bezeichnen es aber selbst als fraglich, ob Dr. Studt Böttchers Nachfolger werden werde, da der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Herr von Wilmowski, für das Magdeburger Oberpräsidium vorgemerkelt. Der Gewährungsmann der „Münch. Neue. Nachr.“ hält sodann dem Minister Studt bereits eine Leichenrede, die um so bemerkenswerter ist, als ersterer enge Beziehungen zu dem Reichskanzlerpalais unterhält.

(Denkmal für Eugen Richter.) Wie die „Freie Deutsche Presse“ berichtet, beantragte in der letzten Sitzung des Zentralausschusses der Freisinnigen Volkspartei Abgeordneter Träger unter einmütiger und begeisterter Zustimmung, den geschäftsführenden Ausschuss zu beauftragen, einleitende Schritte zur Errichtung eines Denkmals für Eugen Richter durch die Bildung eines provisorischen Komitees zu tun. Der Antrag wurde ohne Debatte mit laudem Bravo einstimmig angenommen, und sofort wurden rühmliche Beiträge gezeichnet.

(Die preussische Staatsschuld) belief sich am 31. März 1905 nach dem sechsten erschienenen Bericht der Staatsschuldenkommission auf rund 73785 Millionen Mk., während sich am 31. März 1904 70225 Millionen Mk. betragen hatte. Sie hat sich also in dem Jahr 1905 um beinahe 360 Millionen Mk. vermehrt. Diese letztere Summe rührt her aus der Ausgabe von etwa 204 Millionen 3 prozentiger Konfols und 145 Millionen 3 1/2 prozentiger Schatzanweisungen, die auf Grund von Anleihegesetzen ausgegeben sind, endlich aus der Uebernahme der Eisenbahnschulden der neuerdings angekauften Altbann-Koblenzer, Stargard-Küstriner, Kiel-Herzöge-Henningburger, Dornmünd-Gronau — Gnschder Bahn und der Ostpreussischen Südbahn im Gesamtbetrag von etwas über 12 Millionen Mk. Auf der anderen Seite sind in dem Gatsjahr rund 5,2 Millionen Mk. von den Schuldentiteln getilgt worden.

(Zu der Puttfamerschen Cousinen-Geschichte) ist die „Braunschweigische Landeszeit.“ in der Lage, weitere Mitteilungen zu machen. Danach hat nicht der Kommandeur des Kreuzers „Habicht“ die sogenannte Frau v. Eckardstein als angebliche Repräsentantin des Gouvernementes zu Tisch führen müssen, sondern Kapitänleutnant Becker von der „Gulne“. Puttfamer hat sich dann auch bei diesem Herrn entschuldigt und zwar mit der Motivierung: er gedente die Dame in allernächster Zeit zu seiner Gattin zu machen. Kapitänleutnant Becker hat daraufhin sofort die Schiffsposte an Land geschickt und selbst der „Cousine“ einen Entschuldigungsbefuch gemacht, der aber nicht angenommen wurde. Fräulein Marie Gae — so hieß damals die Dame — hat Rücksichten auf den Gouverneur genommen. Sie ist disret gewesen. Ihre Rücksichtnahme ist so weit gegangen, daß sie sogar die ihr für die Führung eines falschen Namens in Dresden subskribierte Strafe von 250 Mark oder 8 Tagen Haft ertragen hat, ohne zu verraten, welche Umstände sie dazu veranlaßt hatten, sich jenes Namens zu bedienen. Die „Braunsch. Landeszeit.“ versichert auch, daß Fräulein Gae die Bekanntschaft ihres hochgestellten Onnners nicht als Lebebame an einer Stätte, wo diese „Damen“ sich regelmäßig einzustellen gewohnt sind, sondern als ehrbares Bürgerkind in einer Pension Jänike, wo sie unter ihrem wirklichen Namen vorgestellt wurde, gemacht hat. Später bezog sie mit ihrem Verehrer zusammen eine Wohnung in der Göbenerstraße, von der aus sie unter dem Namen Eckardt polizeilich angemeldet worden sei, um vor den Nachforschungen der Eltern geschützt zu bleiben, die sich um ihr Kind sorgten. Weiter wird dem genannten Blatte die merkwürdige Tatsache erzählt, daß der auf den Namen v. Eckardstein der Dame von Herrn v. Puttfamer ausgestellte Paß ihr durch Einbruch in Berlin gekohlet worden sei: ein Umstand, der äußerst myheridös erscheint und allerlei Gedanken wachruft. Auch von der Erstgenannten zweiten, auf den Namen Eckardt lautenden Passes wird der „Braunsch. Landeszeit.“ Mitteilung gemacht, mit der Hinzufügung, er habe den Zweck gehabt, die Inhaberin vor polizeilichen Beschlagnahmen zu sichern. Die „Frankf. Zig.“ habe erzählt, das damalige Fräulein Gae hätte unter dem Namen Marie Vieler die Webersahrt nach Kamerun gemacht. Der Gewährungsmann der „Braunsch. Landeszeit.“ behauptet aber, daß diese Angabe falsch ist und daß es sich dabei um eine Persönlichkeit gehandelt hat, die als Stereotypistin im Spezialdienst des Gouvernementes v. Puttfamer gefandene habe. Die „Cousine“ Puttfamers hat sich übrigens später mit einem Herrn v. Gernar verheiratet und lebt jetzt in London.

(Den Versuchen zu einer Rehabilitation von Dr. Peters), die namentlich von

dem Abg. Krenzl sportmäßig betrieben werden, tritt die „Kreuzzeitung“ entgegen. Sie schreibt: „Wir wissen, daß eine wirksame Kolonialpolitik unter Umständen die Anwendung scharfer Mittel und ein gewisses Maß von Rücksichtslosigkeit erfordert. Aber sie darf uns doch nicht vergessen lassen, daß wir auch in den unfruchtbarsten Eingeborenen die Menschen zu achten haben, daß diese nicht lediglich um unsern Willen da sind, sondern daß wir auch an ihnen eine Kulturmission zu erfüllen berufen sind. Das scheint uns Dr. Peters leider übersehen zu haben, und deshalb bezweifeln wir, bei aller Anerkennung seiner Verdienste um unser Kolonialwesen, daß es gut wäre, ihn bei der Verwaltung unerer Schutzgebiete wieder in verantwortlicher Stellung zu verwenden.“

(Die Sozialdemokraten des gothaischen Speziallandtages) haben nach der „Post. Zig.“ folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, wegen verweigerter Befähigungen beim Herzog Beschlüsse zu erlassen, da die Nichtbefähigung mit Zugehörigkeit der Sozialdemokratie begründet ist, falls der Herzog die Entschädigung billigt, wird beantragt, daß der Verwaltungsausschuss Klage wegen Verfassungsverbruches gegen den Staatsminister erhebt.

(Eine sozialdemokratische Dienstmädchen-Organisation), die sich über das ganze Reich erstrecken soll, will nach der „National-Zeitung“ die Sozialdemokratie gründen. In Nürnberg ist der erste Verein durch die Arbeitersekretärin, Frä. Grünberg, gegründet worden. Der neuen Organisation sollen bereits über 100 Dienstmädchen beigetreten sein. Walfrauen und Aufwärterinnen will der neue Verein auch aufnehmen, fuzum das ganze weibliche Dienstpersonal organisieren. Von Nürnberg will sich dann Helene Grünberg auf Reisen begeben, um für die neue Organisation in ganz Deutschland Stimmung zu machen. Die Gewerkschaft hat bereits erklärt lassen, daß sie die weitgehende Unterstützung der neuen Organisation entgegenbringen will. An die Schaffung eines eigenen Organs soll auch demnächst gedacht werden.

(Wander-Marine.) Das Unterseeboot, das die Germania in Kiel für eigene Rechnung erbaut hat, wird zu Beginn des Sommer, Ende Juni oder Anfang Juli, seine im Herbst begonnenen Erprobungen beenden. Gleichzeitig wird das in Auftrag des Reichsmarineministers erbaute Unterseeboot fertiggestellt sein und zu Wasser gelassen werden. — Der heimtückende Transporth der abgelösten Besatzung „Falle“ ist mit dem Dampfer „Syrta“ am 24. März in Cartagena (Columbien) eingetroffen und hat am 25. März die Reise nach Puerto Columbia fortgesetzt. „Coreley“ ist am 24. März in Alexandria eingetroffen und geht am 31. März von dort nach Port Said in See. „Bremen“ ist am 24. März in Newportnews (Virginia, V. St.) eingetroffen, um dort bis Mitte Mai zur Ausübung von Instandungsarbeiten zu bleiben. „Panther“ ist am 24. März in Santos (Brasilien) eingetroffen. „Sperber“ ist auf der Reise nach Kapstadt am 25. März in Swakopmund eingetroffen und geht am 27. März von dort nach der Walfischbucht und Lüderitzbucht in See. „Bussard“ ist am 25. März in Bogamoy eingetroffen und am 26. März von dort nach Dar-es-Salaam in See gegangen. „Luchs“ ist am 26. März von Robe nach Singau in See gegangen.

Reklameteil. Asthma-Zigaretten.

Nicht ist bequemer und erfolgreicher bei asthmatischen Zuständen, Brustbeklemmung, Kurzatmigkeit, Emphysem, als eine Dr. Glöwirths „Asthma-Zigarette“ zu rauchen und den Dampf einzuatmen, wodurch diese Beschwerden rasch beseitigt werden. Diese Zigaretten sind angenehm von Geschmack und Geruch, nicht wie die meisten Asthmazigaretten, die widerlich sind.

Dr. Glöwirths Asthma-Zigaretten (Rezept: Stramon 40, Weidel rot. 10, Bol. lavic. 10, Menthol 8, Raf. miric. 20, Blatz nitric. 20) kosten 2,50 die Schachtel, 35 Zigaretten enthaltend und sind in den Apotheken zu haben oder von: Könen-Apothek Magdeburg und Hauptdepot Engel-Apothek Frankfurt a. M.

Ich danke schön für die Frühlingstüte.

wenn sie mir nichts anderes als Erfränkungen bringen. Man weiß kaum wie man sich anziehen soll und doch hat man unvorstellend den schönsten Katarz weg. — Stimmt mein Junge! Aber warum lerne Bissigkeit von deinem Freund und nimm den Rat: Kaufe Franz's edle Eschener Mineral-Bohnen in Brillant guten Erfränkungen, lag ich dir! Hoff zu mich je jünger hören? Nein? Na also, das verdammt ich nur den Sodenern. In jeder Apotheke, Drogen- und Mineralwasserhandlung zum Preise von 85 Pfg. per Schachtel erhältlich.

Paul Ehlert vorm. Aug. Perl,

Spezialhaus für Glas, Porzellan und Luxuswaren.

Neuheiten in:

Tafelservicen, Kaffeeservicen, Waschgarnituren, Küchenservaturen, Weingläsern.
Osternippes, Klebeschalen, Kunstblumen, Blumenvasen, Bowlen.

Große Auswahl in Meißner Porzellan.

Fritz Schanze,
Spezialgeschäft feinst. Delikatessen,
empfeht feinen beliebten

Portwein

direkt vom Fass.

1/2 Literflasche	1,15 Mk.
1/3 Weinflasche	0,85 Mk.
10 Weinflaschen	8,00 Mk.
25 Weinflaschen	19,00 Mk.

Gross-Reinemachen

erhalten Sie alle Reupmittel, als:



Feinleder
Feinleder
Schwämme
Ofenputz
Möbel-
putz
Schneerührer
Schneerührer
Stahlpäne
Schneerührer
Schneermasse
erkennt beste
Silberseife
und alle Seifen
für den Haushalt
in der

Central-Drogerie, Markt 10.



Solide, schöne
Teppiche, Decken,
Gardinen
und Läufer
liefern allerbilligst
Paul Thum, Chemnitz,
Chemnitz Strasse 2.

Zum Anlegen
u. Instandsetzen von Gärten
sowie zum Belagern von Wäldern, Entschüren,
Hofen und Ständen etc. empfiehlt sich

Oswald Schumann,
Amenstraße 8.

Wartburg.

Inhaber Franz Müller.
Vorzüglicher Mittagstisch
im Abonnement zu haben.

Schultheiß.

Freitag
Schlachtfest.
Morgens ab 10 Uhr

Wellfleisch,
Sonntagsabend
frische Bratwurst.

Müllers Hotel.

heute großes
Schlachtfest.

Wäsche zum Plätten
wird angenommen
Elisabeth Finke, Dom 11.

Junger Wittwer

mit 3 Kindern sucht die Bekanntheit eines
älteren Mädchens oder Wittwe zwecks baldiger
Verheiratung zu machen. Gest. Offerten unter
B S 32 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Einen Lehrling

sucht zu Oden die
Gewarenhandlung v. Otto Seefschneider.

Neue Eingänge.

Hochmoderne, sehr chic

Jacken-Kleider

in tadelloser
Ausführung.

Grosse und vielseitige Auswahl der
kleidsamsten, ganz anliegenden, halb
anliegenden und losen Passons in
den Preislagen von

Mk. 10,00 an bis
65 Mk.

Kostüm-Röcke.

Hervorragende Neuheiten in
schwarz und farbig,
darunter die beliebten
fussfreien amerikanischen

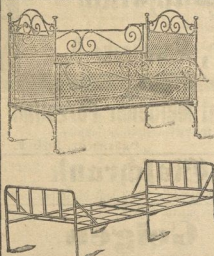
Röcke,

auch für starke Damen,
von
Mk. 1,75 an bis
35 Mk.

Otto Dobkowitz,

Merseburg, Entenplan 3.

Für Herren-Bekleidung, Teppiche und Linoleum
Markt 19/20.



Eiserne Bettstellen

für Kinder und Erwachsene.
Das beste Fabrikat, die Preise un-
erreicht billig, die größte Auswahl
finden Sie bei

Emil Pursche,

Neumarkt.

Mitglied des Rabatt-Spart-Vereins.
Auflagematratzen in allen Größen
am Lager.

H. Müller jun., Klempnermeister,

Schmalstraße 10.

Installation von Wasserleitungen, Gasanlagen.

Badeeinrichtungen.

Badewannen.

Klosett-Anlagen.

Bauklempnerei.

Häusl Nebenerwerb!

durch Schreibarbeiten, Abschriften, Adressen-
schreiben, Handarbeiten etc. Reichhaltige
Nachweislifte durch den

Seitigen Gewerbsmann, Bonn 189.

Musiker-Lehrlinge

sucht noch unter günstigen Bedingungen ein
Stadtcapelle Peltzsch.

Lehrerdirector Böttcher.

Einen brauchbaren Lehrling

sucht Oden ein
Stein- und Bildhauer Siebig u. Müller.

Mehrere tüchtige, jüngere

Eisen- und Metalldreher

werden vom Armaturenfabrik am Riederstein
für dauernde Beschäftigung gegen hohen Lohn
gesucht. Angebote unter H E 2165 an
Haasenstein & Vogler, A.-G., Köln, erb.

Arbeiter

und
jugendliche Arbeiter
werden angenommen.

Merseburger Buntpapierfabrik.

Kräfte, Schulmädchen

sofort gesucht Delarue 15 I.

Ältere Mädchen

oder unabhängige Frauen
für Fabrikarbeit gesucht.

B. A. Blankenburg.

Mehrere Knaben und Mädchen,

die jetzt die Schule verlassen, finden bei mir
Beschäftigung.

C. Göring.

Suche zum 1. oder 15. April ein tüchtiges
eheliches Mädchen.

Wasthof Geula.

Mädchen

für leichte Dienst nach Halle. Zu erfragen in
Merseburg, Hagenfeldstr. 29.

Tücht. Hütle für Damen Schneider

nimmt an
Anna Wichmann, Hirschenstr. 3.

Ein junges Mädchen

zur Feinbüttenarbeit wird gesucht

Tammstr. 8.

Aufwartung

geht. Hallestr. 17, part.

Suche für 1. April eine nicht zu junge

laubere Aufwartung

möglichst für den ganzen Tag. Zu erfragen
Gottthardtsstraße 43, im Laden.

Zum 1. April

Aufwartung

für einige Stunden des Vormittags gesucht

Landstädterstraße 14 I.

Eine Aufwartung

für einige Vormittagsstunden wird gesucht

Purgstraße 11 II.

Saubere Frau oder Mädchen zur

Aufwartung

geht. Weichenstr. 21 II.

Entlaufen

ein graubrauner Hahn (Weihen). Gegen
Belohnung abzugeben

Dom 16.

Verloren wurde am Dienstag nach-
mittags von der Oberaltenburg

nach der Nachschiffstraße ein kleiner Ziegen-
frosen. Bitte gegen Belohnung abzugeben

Oberaltenburg 6.

Inserer heutigen Auflage liegt eine
Extrablatt, Woden-Zeitung für's Deutsche
Haus betreffend, bei.

Hierzu eine Beilage.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April 1906 beginnt ein neues Abonnement auf den

Merseburger Correspondent.

Wir laden hierzu ergebenst ein und bitten namentlich unsere auswärtigen Leser, ihre Bestellungen rechtzeitig aufzugeben, damit in der regelmäßigen Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt und neu einsetzenden Abonnenten die ersten Nummern des Quartals pünktlich zugefandt werden können.

Der billige Abonnementspreis und die Reichhaltigkeit des Inhalts, der durch die wöchentlichen Beilagen „Illustriertes Sonntagsblatt“ und „Landwirtschaftliche und Handelsbeilage“ nach verschiedenen Richtungen hin wesentlich ergänzt wird, haben dem „Correspondent“ im Laufe der verflochtenen Jahre einen der Erwartern großen Leserkreis zugeführt, und wir dürfen hoffen, daß sich derselbe bei unserm Bemühen, den steigenden Anforderungen nach Möglichkeit gerecht zu werden, auch weiterhin vermehren wird.

Der Abonnementspreis beträgt für unsere Postabonnenten bei Zustellung ins Haus 1,62 Mk., bei Abholung von der Post 1,20 Mk. Bei unseren Zeitungsträgern und Ausgabestellen ist der „Correspondent“ zu dem bisherigen Abonnementspreise von 1,20 Mk. resp. 1 Mk. zu haben.

Inserate finden im „Merseburger Correspondent“ die zweifachen größten Verbreitung; auch gewähren wir bei größeren Aufträgen und mindestens dreimaliger Wiederholung 16 1/2 Prozent, bei öfterer Aufnahme ein und desjenigen Inserats 20 Prozent Rabatt.

Hochachtungsvoll Redaktion und Expedition des „Merseburger Correspondent“.

Deutschland.

— Weiteres von dem Regime Puttkamer. Wie der „Voss. Zig.“ aus Hamburg berichtet, hat 1902 der in der Kameruner Angelegenheit viel genannte Regierungsrat v. Brauns sich ein Schreiben an den Hamburger Polizeileutnant Niemann gerichtet, worin der „Reiz“ Alwa, auf dessen Veranlassung bekanntlich die Kamerunabwärtlinge ihre Besonderebeschrift an das Auswärtige Amt gesandt haben, als höchst gefährliches Individuum geschildert und das Ersuchen gestellt wird, Alwa unerschütterlich zu machen, gleich, auf welche Weise das geschehe. Tatsächlich ist auch Prinz Alwa damals aus Hamburg ausgewiesen worden, ohne daß es ihm möglich gewesen wäre, den Grund seiner Ausweisung zu erfahren. Der betreffende Brief des Regierungsrats v. Brauns befindet sich unter den Personalakten Alwas und ist jetzt durch eine Abschrift bekannt geworden, die er mit der Führung der Sache Alwas betraute Rechtsanwalt davon genommen hat.

— Es wird nötig sein, daß sich bei der nächsten Gelegenheit die Kolonialverwaltung im Parlament über die viel Angelegenheit äußert.

— (Aus den Kolonien.) Die Arbeiten der Kamerungrenzkommisionen, die von Deutschland und Frankreich ausgeführt waren, um die Grenze zwischen dem deutschen und französischen Gebiete endgültig festzustellen, sind fast beendet. Die beiden Kommissionen haben festgestellt, daß Missou, wo im vergangenen Jahre ein Zusammenstoß zwischen deutschen und französischen Truppen stattgefunden hat, auf deutschem Gebiete sich befindet.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 27. März.) Der Reichstag stimmte heute in dritter Beratung der Dualsteuernnovelle zu. In der weiteren Verhandlung über das Flottengesetz wurde die Debatte vorzugsweise dem Vermögenssteuerantrage der freisinnigen Volkspartei zu, der von einem Redner als Mäßigkeitsbedingung bei der beabsichtigten Ablehnung der Vorlage bezeichnet wurde. Der Abg. Müller-Sagan verlas eine Erklärung des Inhalts, daß die freisinnige Volkspartei die Flottennovelle als sachlich gerechtfertigt anerkennend, aber einerseits die künftige Vermittlung durch den Stat. andererseits die Annahme der Vermögenssteuer zur Verhütung ihrer Zustimmung machte. Demgegenüber legte der Staatssekretär v. Tirpitz noch einmal in eindringlicher Weise die Vorteile einer geistlichen Bindung auseinander, der er es schließlich, daß die deutsche Flotte nach ihrem verhältnismäßigen Umlaufe schon der französischen gleichwertig sei. Der Reichstag beschloß, der in dem freisinnigen Antrag einen Versuch zur Durchsetzung der Arbeit der Steuerkommissionen nicht, setzte ihm ein kategorisches „Nein“ entgegen. Die verbündeten Regierungen würden niemals dafür zu haben sein. In gleichen Sinne sprach sich der Finanzminister v. Bethmann-Hollweg über den Antrag aus, der mit den Finanzgesetzgebungen der Einzelstaaten aus schwerer Solidität. Auch

im Hause war man der Meinung, daß der Antrag in die Steuerkommission gehöre, der man ihn vermutlich überweisen wird. Der Abg. Spahn wandte sich zugleich gegen den Flottenvertrag und den Abg. Bethm., demgegenüber er mit bezeichnender Wärme für die Vorlage eintrat. Wundhorst habe einmal gesagt, gegen die Sicherheit des Vaterlandes müsse jede andere Erwägung schweigen, auf diesem Standpunkt stehe die Zentrumspartei noch heute. Nach weiterer Erörterung wurde zur Abstimmung über den Antrag der freisinnigen Volkspartei geschritten, die indessen nicht stattfinden konnte, weil das Haus nicht beschlußfähig war. — Nächste Sitzung Mittwoch.

— Der Vizepräsident des Reichstags Paasche stellte seinen Freunden mit, er werde nunmehr wieder im Reichstage erscheinen. Seine Krankheit ist unerblicklich.

— Die Kommission für die Wahlrechtsnovellen hat, wie vorauszuheben war, ihre Arbeiten am Dienstag beendet. Zunächst wurden die beiden Gesetzentwürfe in 2. Lesung angenommen. Die einzige Aenderung, die Annahme fand, war ein Antrag des Abg. Fischhof, durch den die Zahl von 600 Wahlmännern, bei denen die Wahl der Abgeordneten in Gruppen der Wahlmänner vorgenommen werden kann, auf 500 herabgesetzt wurde. Die freisinnigen Abgeordneten, die gegen die Vorlage betr. die Aenderung der Wahlweise, aber für die Reform des Wahlverfahrens stimmten, behielten sich ihre endgültige Stellungnahme für das Plenum vor. Sodann kamen die beiden von den freis. Abgeordneten eingebrachten Resolutionen und die von den Nationalliberalen vorgeschlagenen Resolutionen zur Beratung und zur Ablehnung. Für die letzteren, die eine Reform des bestehenden Wahlrechts in der Richtung forderten, daß bei höherer Bildung und höherem Alter ein erhöhtes Wahlrecht eingeführt, den Wählern der 3. Abteilung ein erweitertes Wahlrecht eingeräumt, die indirekte Wahl beseitigt und den Wählern eine Vertretung ermöglicht werde, stimmten nur die Nationalliberalen selbst, da Zentrum und Freisinnige sich nicht solche unbestimmte Allgemeinheiten gefallen wollten. Für die freis. Resolutionen hätte sich eine Mehrheit von 11 gegen 10 Stimmen zusammenfinden können, wenn nicht Zentrum und Nationalliberale sich gespalten hätten. Die Resolution betr. die Einführung des Reichsgewahlrechts fiel, weil zwar das Zentrum mit den Freisinnigen stimmte, aber die Nationalliberalen versagten. Die Resolution betr. die allgemeine Neueinteilung der Wahlkreise, die auch ein nationallib. Antrag forderte, hatte das gleiche Schicksal, weil hier zwar Nationalliberale und Freisinnige zusammenstimmten, aber das Zentrum in der Opposition war. Der Abg. Proemel wies, hierauf gestützt, darauf hin, daß für die nächste Zeit eine Förderung der Reform nur zu erwarten sei, wenn sich die drei Parteien, die eine gründliche Reform für unabweisbar hielten, zu gemeinsamer Arbeit in einer Kommission vereinigten, um konkrete Vorschläge auszuarbeiten, für die auch im gegenwärtigen Abgeordnetenhaus eine Mehrheit zu finden sei. Die Regierung verhielt sich, wie kaum gesagt zu werden braucht, ablehnend gegen alle Reformvorschlüge. Am Donnerstag wird der schriftliche Bericht der Kommission festgestellt werden.

— Die Deckung der Kosten der Flotten-Novelle durch eine Reichs-Vermögenssteuer verlangt ein von der Freisinnigen und Deutschen Volkspartei eingebrachter Antrag Dr. Albas u. Gen. Der Antrag lautet wörtlich wie folgt: „Für den Fall der Annahme des einzigen Paragraphen des Gesetzes, bezüglich der Deckung der Mehrkosten aus diesem Gesetze durch eine Reichs-Vermögenssteuer folgende Bestimmungen anzufügen: § 1a. Vom 1. Oktober 1906 ab ist eine Vermögenssteuer zu erheben von allen deutschen Staatsangehörigen, deren bewegliches und unbewegliches Vermögen nach Abzug der Schulden den Gesamtwert von 100 000 Mk. erreicht. Die Vermögenssteuer beträgt bei einem steuerbaren Vermögen von 100 000 Mk. bis 120 000 Mk. 50 Mk. und steigt bei größerem Vermögen bis zu einer Million und jede angefangenen 20 000 Mk. um 10 Mark; bei Vermögen, die über den Betrag von einer Million Mark hinausgehen, steigt die Steuer für jeden angefangenen Betrag von 20 000 Mk. um 20 Mk. § 1b. Durch den Reichsbauhaushalt-Gesetz alsbaldig festgestellt, wie viele Monatsraten gemäß § 1a zu erheben sind. § 1c. Bis zum Erlasse eines Reichs-Vermögenssteuergesetzes finden inbezug auf die Steuerpflicht, den Maßstab der Besteuerung, die Veranlagung, die Veranlagungsperiode und Verminderung der veranlagten Steuer innerhalb derselben, die Steuererhebung, die Strafbestimmungen und die Kosten die entsprechenden Bestimmungen des Ergänzungsteuergesetzes für die preussische Monarchie vom 14. Juli 1893 sinngemäße Anwendung. Die näheren Bestimmungen werden durch eine vom Bundesrat zu erlässende Verordnung festgesetzt. § 1d. Die Zentral-

behörde jedes Bundesstaats bestimmt die Behörden, welche mit der Veranlagung der Steuer, der Berufung gegen die Veranlagung und die Erhebung in den Bundesstaaten zu beauftragen sind.

Volkswirtschaftliches.

(Um die Rückwanderung Deutscher aus Rußland zu erleichtern, hat der preussische Eisenbahnminister nach dem „Berl. Tagebl.“ verfügt, daß ihnen sämtliche Fahrgebühren zu künden seien.

(Im Interesse der Handwerksförderung haben die Handwerkskammern an den Minister des Innern das Gesuch gerichtet, die Landesbeamten dahin hinzuweisen, daß bei ständesamtlichen Meldungen niemand sich als Handwerksmeister bezeichne, der nicht das Recht zur Führung des Meistertitels habe. Der Minister hat die Landesbeamten darauf angewiesen, die Vorschriften der Reichsgewerbeordnung über die Führung des Meistertitels zu beachten. Ein Landesbeamter hat nun den Bürgermeister seines Amtesortes um Belehrung über diese Vorschriften. Die Antwort lautete: Es ist zu fragen: 1. Haben Sie das 24. Lebensjahr vollendet? Würde diese Frage verneint, dann darf der Meistertitel nicht geführt werden und jede weitere Frage ist somit überflüssig. 2. a) Haben Sie die Meisterprüfung bestanden? Wenn dieses nicht der Fall ist: b) Lieben Sie am 1. Oktober 1901 bereits selbständig das Handwerk aus? Wird die Frage zu 2a oder b bejaht, dann ist weiter zu fragen: 3. a) Haben Sie eine zweijährige Lehrtätigkeit in Ihrem Gewerbe zurückgelegt? Nach dem 1. April 1905 ist jedoch diese Frage nur an Personen zu richten, die vor dem Jahre 1884 geboren sind. Bei später geborenen Personen ist zu fragen: b) Haben Sie die von der Handwerkskammer vorgeschriebene Lehrtätigkeit in Ermangelung solcher Vorschriften eine dreijährige Lehrtätigkeit in Ihrem Gewerbe zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden? Treffen die Voraussetzungen zu 1, 2, und 3a und b zu, so besteht die Berechtigung zur Führung des Meistertitels in Verbindung mit dem Handwerk, in welchem die Lehrtätigkeit zurückgelegt ist. Andernfalls ist noch zu fragen: 4. a) Haben Sie schon 5 Jahre hindurch das Handwerk persönlich selbständig ausgeübt, oder b) Haben Sie 5 Jahre hindurch die Beschäftigung als Werkmeister ausgeübt oder sind Sie in ähnlicher Stellung tätig gewesen, oder c) Ist Ihnen die Befugnis zum Anleiten von Lehrlingen von der höheren Verwaltungsbehörde verliehen? Wird eine von diesen beiden Fragen bejaht, dann darf der Meistertitel geführt werden. Ob der Landesbeamte nunmehr, so fragt die „Voss. Zig.“ mit Recht, mit den Handwerkskammern über die Führung des Meistertitels einig wird? Aber das Handwerk ist gerettet!

(Neben die Frage der Heimarbeiter hätte kürzlich der Sonneberger Fabrikant und frühere freisinnige Reichstagsabgeordnete Sambammer als Abgeandter der Sonneberger Handelskammer eine Unterredung mit Graf Posadowsky. Wie Herr Sambammer in der letzten Generalversammlung der genannten Kammer nach dem „Berl. Tagebl.“ berichtete, beschäftigt die Reichsregierung nicht, eine gesetzliche Regelung der Frage durchzuführen. Bei der Verschiedenartigkeit der Heimarbeiter sei eine Befreiung nur auf dem Wege der Verordnung durch die Bundesstaaten zu ermöglichen. Bei künftigen Verhandlungen über die Beseitigung der Heimarbeiter werde man aber den beteiligten Kammer Gelegenheit geben, ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen.

(Mit anhaltend hohen Viehpreisen rechnet auch die gesamte Fleischwareindustrie. Beispielsweise hat im Februar d. J. eine Fabrik seiner Würst- und Fleischwaren in Schleswig-Holstein ihrer Kunstschaff durch Jutzlar mitgeteilt, daß die Fleischwarenpreise immer noch auf der alten Höhe bleiben müssen und dies, wie folgt, begründet: „Nachdem kurz vor Weihnachten die Schweinepreise um mehrere Mark fielen, sind sie bereits seit Anfang dieses Monats wieder stetig gestiegen und heute wieder auf ihren früheren hohen Stand gelangt. Dies war allerdings vorauszuheben, denn die Bestände sind anwährend noch und besonders von mittel- und süddeutschen Händlern wird Schleswig-Holstein, weil die Schweinezucht und -mästung hier in hoher Blüte steht, stark abgeholt und die Preise hochgehalten. Wir können Ihnen daher mit billigeren Preisen aus heute leider noch nicht dienen und dürfte für die nächste Zeit auch keine Aussicht dafür vorhanden sein, weil am 1. März der neue hohe Zoll für ausländische Fleischwaren in Kraft tritt und heute noch nicht zu übersehen ist, welche Wirkungen derselbe auf die Preisbestimmungen des einheimischen Schlachtwiehes haben wird.“

(Im Deutschen Arbeitgeberverband hat das Baugewerbe zu Köln erklärte der Vorsitzende

am Montag, das für den 1. Mai ausgedehnte Arbeits-einstellungen zu erwarten seien, da die Verhandlungen mit der Arbeitnehmern, obgleich höhere Anforderungen, sowie höhere Stundenlöhne zugesichert wurden, zu keinem Ergebnis geführt haben. Dringende Arbeiten müßten bis zum 1. Mai beendet sein.

Provinz und Umgegend.

☞ **Bahnhof Corbeita, 27. März.** Eines plötzlichen Todes ist vorgefallen der hiesige Korbwarenfabrikant Thiene gestorben. Er stürzte sich umbohi und konsultierte deswegen einen Arzt in Weissenfels, der ein Mittel verordnete, das in einer dortigen Apotheke angefertigt wurde. Nach Genuß desselben fühlte sich Herr Thiene so schlecht, daß er sein Ende herannahen sah. Es stellten sich heftige Krämpfe ein, die den Tod zur Folge hatten. Auf Veranlassung des Arztes wurde die Leiche obduziert. Ueber den Befund verriet sich nichts. Wohl aber heißt es, daß bei dem Herr. Apotheker eine Verschlag-nahme vorgenommen worden sei, so daß man annehmen darf, daß eine bedauerliche Verwechslung von Medikamenten stattgefunden hat.

☞ **Halle, 26. März.** Der Handlungslehrling Paul Lepper aus Düsselhof, der seinen Bräutigam 2000 Mk. unterschlagen und damit eine Vergnügungstour nach Halle unternommen hatte, wurde heute verhaftet. Von dem Gelde hat das Gericht in wenigen Tagen 1300 Mk. verhaftet. — Dem Stadtvorstand ist eine Magistratsvorlage, betr. Wiedererrichtung des Stadttheaters, zugegangen. Es wird die öffentliche Ausschreibung der Verpachtung vorgeschlagen, zugleich aber erklärt, daß der Magistrat sich gern damit einverstanden erklären würde, wenn die Verammlung beschließen sollte, das Theater auch weiterhin an Herrn Direktor Richards unabhängig zu verpachten. Die Nachbedingungen haben wesentliche Veränderungen erfahren, insbesondere wird dem Pächter eine Erhöhung des Gagenlats (um monatlich 18000 Mk.) und die Aufstellung eines verstärkten Personals vorgeschrieben. Dafür wird eine mögliche Erhöhung der Eintrittspreise (um 20 bis 30 Pf. pro Platz) zugelassen.

☞ **Halle, 26. März.** Die Stadtvorordneten bewilligen in ihrer heutigen Sitzung 85000 Mark zum Ankauf eines an das Stadtbücherei angrenzenden Grundstücks, damit dort an Stelle der bisherigen, außer mangelhaften Requisitionen neue Lokalitäten dafür eingerichtet werden können. Ferner genehmigte die Verammlung eine Nachtrag zu dem Statut des Elektrizitätswerkes, wonach das Werk hinfort auf Antrag in Wohnhäusern automatische elektrische Treppenbeleuchtung einrichtet, die durch eine Uhr nach einem der Jahreszeit genau angepaßten Brennkaleender bei Eintritt der Dunkelheit in Betrieb gesetzt wird und um 8 oder 9 Uhr, je nach Wunsch, selbständig wieder erlischt.

☞ **Weissenfels, 26. März.** Der Verein für Gesundheitspflege feierte am 24. und 25. März sein silbernes Jubiläum. Zu Ehrenmitgliedern wurden ernannt der langjährige Vorsteher Lehrer Kirken, die Vorstandsmitglieder Tauchmannlehner Zin und Kürschnermeister Rib, sowie der Vorsitzende des Bundes der Vereine für naturgemäße Lebensweise, Kaufmann Braun-Berlin. Der Verein hat 800 Mitglieder. — Der Verein Weissenfeler Fechtbrüderschaft hat sich aufgelöst und sein Vermögen von 1632,05 Mk. der Stadt mit der Bestimmung überwiesen, daß die Jünger Waisenkinder zu gute kommen. — Der hiesige Haus- und Grundbesitzerverein hat an das Abgeordnetenhaus eine Petition betreffend die Abzugsfähigkeit kommunaler Steuern von der Einkommensteuer gerichtet; es wird darin angeführt, daß unsere Stadt zu den höchst besteuernten Orten gehört; für das Steuerjahr 1905 betragen die Steuerzuschläge 188% Real- und 177% Kommunalsteuern.

☞ **Hettstedt, 25. März.** In unserer Stadt interessiert gegenwärtig ein Streitfall sämtliche Einwohner und dürfte auch auswärtige Hausbesitzer interessieren. Drei hiesige Einwohner kauften vor kurzer Zeit gemeinsam ein am Marktplatz gelegenes Haus. Einer von ihnen trat sein Miteigentumsrecht an eine dritte Person ab, worauf die gerichtliche Auflassung erfolgte. Jetzt hat der neue Besitzer gegen den anderen Miteigentümer Klage angebracht, weil dieser Abtragsarbeiten ohne seine Einwilligung vornimmt. Auf Grund gerichtlicher Verfügung ist dem Miteigentümer die Weiterführung der Abtragsarbeiten untersagt. Man fragt sich nun, wie beide Besitzer auseinander kommen könnten. Hier trifft die Bestimmung des § 753 des Bürgerl. Gesetzbuches zu, die sagt: „In die Teilung in Natur ausgeschlossen, so erfolgt die Aufhebung der Gemeinschaft durch Verkauf des gemeinschaftlichen Gegenstandes nach den Vorschriften über den Pfandverkauf, bei Grundstücken durch Zwangsversteigerung und durch Teilung des Erlöses.“

☞ **Hettstedt, 26. März.** Mit einer Summe von 17 500 Mk. werden jetzt zufolge einem Entschiede

des Obergerichtes die Gemeinden Bergömer und Großömer, Obermiederfeld und Sierfeld zu den Gemeindefakten der Stadt Hettstedt hinzugezogen. In den großen wirtschaftlichen Betrieben genannter Dörfer arbeiten nämlich viele Leute, die ihren Wohnsitz in Hettstedt haben und der Stadtbevölkerung meist bedeutende Schul- und Armenlasten auferlegen. Die Stadt Hettstedt hatte daher die Gemeinden aufgefordert, zur Tragung dieser Lasten anteilig beizutragen. Da sie sich weigerten, Zahlung zu leisten, kam die Sache vor das Obergericht, das nunmehr zugunsten Hettstedts entschied.

☞ **Schönebeck a. S., 26. März.** Verhaftet wurde heute die Witwe des Postassistenten D. Die Verhaftete steht bekanntlich in dem Verdacht, ihren Mann durch Gift aus dem Wege geräumt zu haben.

☞ **Bernburg, 26. März.** Der hochbetagte Registrator Froberg wurde heute von einem mit großer Schnelligkeit daherausfahrenden jugendlichen Räder auf der Straße so heftig überrannt, daß der alte Mann schwer mit dem Hinterkopf aufs Pflaster aufschlag und einen Bruch des Gehirns erlitt, dem er ablebend erlag.

☞ **Torgau, 26. März.** Der erste Staatsanwalt am hiesigen Landgericht erläßt eine Bekanntmachung, nach welcher für den Nachweis des Verbleibes des 55jährigen Erheimen Regierungsrats Hans Bernich aus Magdeburg, der bekanntlich seit dem 25. März 1905 verstorben ist, seitens der Angehörigen eine Besoldung bis zu 1000 Mark ausgesetzt ist.

☞ **Oscha, 27. März.** Die viertausendste Feuerbestattung wurde im hiesigen Krematorium am Sonntag vollzogen.

☞ **Rudolfsbad, 28. März.** Im Rudolfsbader Landtag wurde am Dienstag nach dreitägiger Debatte die Erhöhung der Kamerazentrale des Fürstentums mit den 9 bürgerlichen gegen die 7 sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

☞ **Leipzig, 27. März.** Die hiesigen Klempnergehilfen sind in eine Laberbewegung getreten. Sie fordern die neunmündige Arbeitszeit, einen Mindestlohn von 45 bis 53 Pf. sowie eine Tarifsetzung für zwei Jahre. Die Innung lehnte die Forderung ab. Die Gehilfen beschloßen, energisch auf ihren Forderungen zu beharren und eventuell in den Ausstand zu treten.

☞ **Dresden, 27. März.** Die Aufhebung der Prügelstrafe in den Schulen hat die zweite sächsische Kammer abgelehnt. Auch die National-liberalen stimmten gegen die Aufhebung.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 29. März 1906.

Der silberne Plafette, enthaltend den Ehrenbürgerbrief unserer Stadt für den am Ende d. M. aus seinem Amte schiedenden Herrn Oberbürgermeister Reinefarth, ist für kurze Zeit im Schaufenster der Fr. Stollberg'schen Buchhandlung hier ausgestellt. Die kunstvoll ausgeführte Tafel ist nach einem vom Herrn Bildhauer Zudoff-Schlopau gearbeiteten Modell hergestellt.

Der Nr. 12 der „Landwirtschaftlichen Wochen-schrift“ für die Provinz Sachsen“ entnehmen wir folgende amtliche Bekanntmachungen der Land-wirtschaftskammer für die Provinz Sachsen: Warnung. Bereits in Nr. 27 der „Landwirtschaftlichen Wochen-schrift“, Jahrgang 1904, warnten wir vor einem gewissen Albert Göbbling aus Halle a. S., der sich als Wanderlehrer oder praktischer Lehrer für Tierkrankheiten bezeichnete und dadurch, daß er ungenügend Vorträge in landwirtschaftlichen Vereinen über sonstigen Versammlungen von Land-wirten hielt, die letzteren zum Ankauf seiner direkt schädlichen Bücher über Tierheilkunde, Hufbeschlag usw. und seiner angeblich selbsterfundene viel zu teuren Instrumente veranlaßte. Unterhastig wurde p. Göbbling dabei von seinem Bruder Paul Göbbling, der sich Wanderlehrer aus Oera nannte und in seinen Vorträgen völlig unwahre Anwendungen in dem Sinne machte, daß er im Auftrage der Landwirtschaftskammer reise. Da nun nach der Mitteilung eines landwirtschaftlichen Vereins der Altmark Albert Göbbling wieder in der nämligen für die Landwirte so schädlichen Weise tätig ist, so warnen wir die Landwirte unseres Bezirkes wiederholt vor dessen Treiben und ersuchen die Vorstände der landwirtschaftlichen Vereine dringend, den Albert Göbbling ebensowenig wie seinen Bruder Paul Göbbling zu irgend einem Vortrage zuzulassen. Auch empfehlen wir, die Göbblings, falls sie bezügliche Bücher an die Landwirte, namentlich in Wirtshäusern, verkaufen wollen, bei der Ortspolizeibehörde anzuzeigen, da sie hierzu die Erlaubnis der Behörde haben müssen, und falls sie diese nicht besitzen, nach §§ 43 und 149, 1 der Gewerbeordnung strafbar sind. — Betr. die kleineren Anbau- und Düngungsversuche. Die Berichte über die kleineren Anbau- und Düngungsversuche vom letzten Jahre sind zum Teil noch

ausständig, obgleich sie uns bereits bis 31. Dezember v. J. zurückgefunden werden sollten. Wir ersuchen die Herren Versuchsanstalten, welche ihre Berichte noch nicht eingereicht haben, dies umgehend und spätestens bis zum 5. April nachzubringen, da wir sie sonst von der Versuchsanstellung im nächsten Jahre ausschließen müssen. — Saatgut- und Saatgut-Verkaufskammer für die Provinz Sachsen. Auf Antrag unseres Ausschusses für Landeskultur und Versuchswesen hat der Vorstand beschlossen, in der Provinz die Anerkennung von Saatgut auf Grund von Feldbestimmungen vorzunehmen. Die hierfür geltenden Bestimmungen werden wir demnächst bekannt geben. Die Anträge auf Saatgut- und Saatgut-Verkaufskammer sind im Laufe des Frühjahres an die Landwirtschaftskammer zu richten.

Der Bürgerverein Süd und West zur Förderung sächsischer Interessen hielt am Dienstagabend im „Herzog Christian“ eine ziemlich gut besuchte Versammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung referierte Herr Grottel über die Verhandlungen über Friedhofsanlagen. Er berichtete über stattgehabte Unterredungen mit maßgebenden Persönlichkeiten in dieser Angelegenheit, die alle die berechtigten Mängel voll und ganz erkennen, aber leider nicht in der Lage sind, hier Wandel zu schaffen. Namentlich könne der Vergrößerung des Friedhofes nicht entgegengetreten werden, da die behördlichen Konzeptionen bereits erlitten sind. Auf Vorschlag des Herrn Restaurateurs Vollrath beschloß die Versammlung einstimmig, eine Petition an den Magistrat und das Stadtvorordnetenkollegium zu richten, worin die Mängel der einzelnen Friedhöfe eingehend geschildert und die Erstellung eines Zentralfriedhofes vorgeschlagen werden soll. Weiter trift Herr Vollrath noch mit, daß eine Petition von Anwohnern der Weissenfelerstraße an den Herrn Regierungspräsidenten, in der gegen die Vergrößerung des St. Marim Friedhofes Einspruch erhoben wurde, von diesem abschlägig beschieden worden ist. — Der Punkt Bildung einer Verberkskommission wurde, da der Referent nicht erschienen war, von der Tagesordnung abgesetzt. Die Versammlung erklärte sich aber im Prinzip mit Bildung einer solchen einverstanden. Nachdem noch Herr Bureauassistent Wiemuth über den heutigen schwachen Besuch der Versammlung und die geringe Beteiligung an den Debatten sein Bedauern ausgesprochen, schloß der Vorsitzende Herr Buchdruckereibesitzer Hottenroth, gegen 1/11 Uhr die Versammlung.

Kreistag.

Der Landrat des Kreises, Graf d'Hauffonville, eröffnete den Kreistag gegen 12 Uhr mittags mit der Mitteilung, daß das kreistagsmitglied Herr Bürger-meister Seeger-Schubert sein Amt aus Gesundheits-rücksichten niedergelegt habe. Er spreche sein Bedauern darüber aus und wünsche ihm baldige Wiederherstellung seiner Gesundheit. Hier-auf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Nach Vornahme der Wahl der Vertrauens-männer für die bei den Amtsgerichten in Merseburg (Stadt rat Jebender, Kops und Barth), Lügen, Schützberg, Lauchstädt und Halle gemäß § 40 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 zum stellvertretenden Ausschusse und der Schwörmänner resp. Stellvertreter für den IV. und XI. landlichen Bezirk wurden als geeignete Personen zu Amtsvorstehern die Gutsbesitzer Burkhardt-Ermlich, Rennemeister König-Dörfel und Gutsbesitzer Paul Schumann-Sierdel vorgeschlagen. Den Rechnungen der Kreisparfasse, der Kreiscommunal-fasse, des Mobilmachungs-fonds und der drei Wegebau-fonds für das Jahr 1904 wurde anstandslos Entlastung erteilt. Der Etat der Hufbeschlag-lehrschmiede in Merseburg, der in Einnahme und Ausgabe mit 4015 Mk. abschließt und eine Kreisbeiträge von 150 Mk. fordert, wurde genehmigt. Landrat Graf d'Hauffonville betonte hierbei, daß sich die Hufbeschlag-lehrschmiede durchaus bewährt habe, aber leider noch nicht in dem Maße in Anspruch genommen werde, wie es bei der Wichtigkeit des Bezirkes eigentlich vorauszusetzen wäre. An 16 Krüfften wurde eine Beihilfe von je 90 Mk. gewährt. — Der Etat der Kreiscommunal-fasse für 1906 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 382 094,40 Mk., gegen das Vorjahr mehr 4269,28 Mk. Aus den einzelnen Titeln der Einnahme ist besonders hervorzuheben, daß die zu erhebenden Kreissteuern um 1 bezw. 2 Proz. ermäßigt werden konnten; seit sieben Jahren wieder das erste mal. Der Etat sieht an zu erhebenden Kreissteuern 250 770,78 Mk. vor, gegen das Vorjahr weniger 13 876,30 Mk. Die Kreis-kundsteuer hat über Erwarben eine sehr gute Ein-nahme gezeigt, so daß die Etatssumme von 6000 Mk. im Vorjahre auf 15 000 Mk. erhöht werden konnte. An Ausgaben hat sich die Provinzial-abgabe von 73 000 Mk. auf 76 000 Mk. erhöht. An Unterhaltungskosten für 15 Taubstumme, 7 Blinde, 45 Blöde und Gemütskranke, 5 Krüppel und ander-

förperlich gebrechliche Personen des Kreises Merseburg sind 45 161,80 M. in den Kreis eingest. Neu eingest. sind 1200 M. Remuneration an den Kreisbauratmer der Kreisbauverwaltung, der zu Erhaltung und Förderung des Öffentlichen im Kreis angenommen worden ist. Ferner an Desinfektionskosten 1000 M. für eine geregelte Wohnungsdesinfektion im Kreis vom 1. April d. J. ab. Den im Kreis nationalisierten 14 Genossen soll ein jährlicher Wohnungsgeldzuschuss von je 50 M. gewährt werden, da dieselben durchweg für ihre Wohnungen mehr zahlen müssen, als sie Wohnungsgeld vom Staat erhalten. Auf Antrag des Oberbürgermeisters Kreisratsherr wird hinzugefügt, daß der Zuschuss wiedererlaubt gesehen soll. — Gutsherr Herrmanns-Berndorf stellte im Auftrage der Dörfer aus der Umgegend von Dürrenberg den Antrag, der Kreis möge zu dem geplanten Brückenbau bei Fährndorf einen angenehmen Beitrag leisten. Landrat Graf v. Haussoville erwidert darauf, daß die Angelegenheit noch garnicht so weit gediehen sei. Zunächst sollten in erster Reihe die beteiligten Gemeinden ihr Interesse an dem Brückenbau dadurch betonen, daß sie namhafte Beiträge dazu steuern und nicht, wie bisher, sich geben, als gälte es einen Kuhhandel, bei dem nicht 50 Pfennige zuviel gegeben werden dürfe. Mit einer halb fertigen Brücke könne er nicht vor den Kreisrat treten. — Der Kreisrat wurde darauf angenommen. — Auf Antrag des Kreisbauausschusses beschloß der Kreisrat eine einmalige Beihilfe von 2500 M. zu den aus Anlaß der Silbernen Hochzeit unseres Kaiserspaars im Kreise zu errichtenden Festlichkeiten, nämlich für die Gedächtnisfeier in Naumburg und für die Kinderheilstätte in Dürrenberg. Der Kreisrat gibt hierzu seine Zustimmung.

Außerhalb der Tagesordnung wurden noch die Wahlen zur Verwaltungscommission vorgeschrieben. An Stelle des verstorbenen Deputierten Schulburg-Werber bei Merseburg wurde der Bankier Thiele-Merseburg für den auscheidenden Brauerbesitzer Berger-Merseburg der Gutsherr Schatz-Dörrau gewählt. Die Kommission bisher angegebenden Herren wurden wiedergebirt. Graf v. Haussoville schloß hierauf gegen 1 Uhr den Kreisrat.

Öffentliche Schöffengerichtssitzung.

Merseburg, 22. März 1906.

1. Der Widmannsdorf von hier hatte den Brauwerker Augustin an der Eichenblattschneide der Kalkschneide mit den Worten: „Du bist verflucht“ beschuldigt. Er erhielt dafür eine Geldstrafe von 20 M. oder 4 Tage Gefängnis. Außerdem wurde dem Beschuldigten die Publikationsstrafe zugesprochen.
2. Der Kaufmann B. aus Brandeburg hatte gegen einen Straßbühnen in Höhe von 15 M. weil er am 8. September v. J. als Führer eines Kutschwagens nicht angehalten hatte, trotzdem die Pferde des Landwirts Spänker als Kutschwagen der Landwirts, erst nach dem Verzug eingeleitet. Der Angeklagte konnte nachweisen, daß er alle vorgeschriebenen Warnungsschilder gegeben hatte, so daß das Gericht auf Freisprechung erkannte.
3. Der Schlichter Paul Ostasch von hier, geb. am 6. März 1892, hatte am 9. Februar d. J. ein Portemonnaie mit 7 M. Inhalt gefunden und das Geld für sich verbrochen. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte die zur Straftat nötige Gelegenheit nicht beizubringen und sprach ihn frei.
4. Der Schulmeister Hermann B. von hier hatte gegen einen Straßbühnen in Höhe von 2 M. Strafe, weil er am 1. März d. J. am Gottfardstort nach Einbruch der Dunkelheit mit seinem Fuhrwerk ohne brennende Laterne gefahren war, Verurteilung eingeleitet. Das Gericht erkannte nach der Beweisaufnahme auf Freisprechung der Strafbewehrung.
5. Der Landwirt Karl Friedrich J. aus Wittenberg, geb. 1864, hatte sich wegen Verletzung des Patents beimits zu verantworten. Schon seit längerer Zeit sind in Wittenberg 2 Parteien, die sich arg befinden und in Prozessen und Klagen sich das Leben gegenseitig schwer machen. Die eine Partei hält es mit dem Patente, die andere ist gegen ihn. Der Patente hat nun aus in verschiedenen Klagen und Prozessen als Jange aufgesetzt, noch in der Gegenwart zu allerlei Verhandlungen führte. So wurde im Herbst und Januar an das Haus der Partei mit Wittenberg geschrieben: „Achtes Gebot, fähig gelohenen empfangen. Mäge. Emma. Weineid. Volkstäter.“ Diese Worte standen in Beziehung zu den mehrfachen Verleumdungsprozessen, in denen der Patente als Jange ausgesprochen hatte und der Angeklagte J. sollte der Schreiber dieser Worte sein. Es wurden dann Bauren angefertigt und diese wieder einem Schreibbühnenverleumdungen vorgelegt, der aber nur eine „Wahrheitsgemäßheit“ behaupten konnte, daß J. der Täter sei. Das Gericht erkannte den Fall für nicht genügend angefaßt und sprach den Angeklagten frei. Der Patente hatte 100 M. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis beantragt.
6. Wegen Hausfriedensbruchs, unterbrechenden Lärms und Körperliche Misshandlung hatten sich die Gattinmutter Frau Da Marie U. geb. v. Leipzig, die Kammermutter Frau Emilie J. geb. v. Leipzig, die Telegraphenbesitzerin Frau Amalie J. aus Leipzig und die Brauwerkbesitzerin Frauine B. geb. v. Leipzig zu verantworten. Die Angeklagten hielten sich während des Sommers 1905 als Kurgäste in Dürrenberg auf. Am 3. August 1905 kamen sie auch in das des Richters Weinmann, um, wie dort üblich, Müll zu trinken. Im Hofe wurde der Sohn der Frau J. von einem Hunde gebissen und sämtliche Angeklagten machten nunmehr ihrer Empörung darüber in erregten Worten Luft. Der hinzukommende Richter J. forderte insbesondere die Frauen mehrmals auf, das Brandstück zu verlassen, was die aber

nicht befolgten. Es blieb ihm schließlich nichts weiter übrig, als die eine der Frauen, die Ehefrau B., etwas unvorsichtiger herauszuführen, worauf diese sich dem B. gegenüber mit einem Schlag in das Gesicht verantheilte. Nach einer gemäßigten umgehenden Zurechnung und Verordnungsgebots gelangte das Gericht zur Freisprechung sämtlicher Angeklagten und nahm an, daß die Frauen als Gäste in der Hausfriedensbruchs gewelt und somit ein Recht hatten, in derselben sich aufzuhalten. Der Anwalt hatte Geldstrafen von 18 M. oder 2 Tagen Haft gegen alle Angeklagte und außerdem gegen die B. wegen Körperverletzung eine Geldstrafe von 15 M. oder 8 Tagen Haft beantragt. — Anwalt und Kläger legten gegen das Urteil förmliche Berufung ein.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

S. Spargau, 27. März. Am nächsten Palmsonntag werden aus unserem Orte 6 Knaben und 10 Mädchen konfirmiert werden. Die Zahl der Fährndorfer Konfirmanden beträgt 4 Knaben und 7 Mädchen, in Summa also 27 Kinder.

Dürrenberg, 27. März. Ueberall regen sich fleißige Hände, um die erwarteten Vordränge würdig zu empfangen. Viele Willen werden auswendig und inwendig verankert, die Gärten werden in Stand gesetzt, was allerdings durch den plötzlichen Einfall von Schnee und Kälte wieder unterbrochen worden ist. Die Salinenverwaltung läßt an der Stelle des früheren Fährndorfes ein drittes Badhaus erbauen, da die zwei bisher in Betrieb befindlichen den Anforderungen, die von Jahr zu Jahr steigen, nicht mehr genügen. Doch erscheint es zweifelhaft, ob daselbst noch in dieser Saison in Gebrauch genommen werden wird, da kaum die ersten Anfänge des Baues zu bemerken sind. Dagegen hat der Bau des elektrischen Maschinenhauses bei der milden Witterung des verfloffenen Winters bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Jeder hat das Hochwasser der vorigen Woche auch darin wieder einen bedauerlichen Stillstand gebracht. Nachdem bereits zweimal wegen zu niedriger Höhe der Abdämmung die Baugrube voll Wasser gelaufen war, ist dieses unangenehme Ereignis jetzt zum dritten Male eingetreten, so daß die Wannen wieder haben in Tätigkeit treten müssen. Wenn nun auch dem Unternehmer zur Entschuldigend dienen mag, daß der Wasserstand der Saale abnorm hoch gewesen ist, so hat er doch jedenfalls den nicht unerheblichen Schaden zu tragen, und sein erhöhter Verdienst an dem Bau dürfte wohl auch zu Wasser werden. Wie dringend wünschenswert der Bau einer Brücke ist, hat sich bei dem Hochwasser aus neue gezeigt. Nach Eintritt der Dunkelheit hörte der Fährndorf überdauert auf, so daß jeder sehr konnte, wie er auf anderem Wege über die Saale gelangte, und bei Tage war die Ueberfahrt bei der heftigen Strömung keine ganz ungefährliche Sache. Es scheint aber, als ob es der Brücke gehen wird, wie dem Bahnhof in Corbeita. Es muß erst ein großes Unglück eintreten, ehe man sich entschließt, das schließlich doch Unvermeidliche zu tun. Wie man hört, werden in der Umgegend bereits Weiten darüber abgeschlossen, ob die Brücke gebaut wird, oder nicht. Wir unsererseits halten die Weite auf; sie kommt nicht.

Laucha, 26. März. Die Stadtobernethen setzen den Haushaltungsplan für 1906 auf 47955,56 M. fest. Die Hälfte der Zinsüberschüsse der Sparkasse aus dem Jahre 1905 in Höhe von 21564,78 M. soll für entstehende Unkosten verwendet werden, die andere Hälfte soll dem Reservefonds zufließen.

Wetterwartung.

Vorausichtliches Wetter am 29. März: Ziemlich kräftig, kaltes Wetter mit Schneefällen, rauher Wind, nachts Frost. — 30. März: Fortgesetzt meist wolfig bis trüb, kalt, Schneef.

Der Bergarbeiterausstand im Braunkohlenrevier Meuselwitz-Weiskensfeld-Zelt.

Die Verhandlungen zwischen den Werksbesitzern und den Arbeitervereinigungen haben zu einem befriedigenden Resultat nicht geführt. Es ist noch auf keiner Seite zur Einigung gekommen. Auf einzelnen Orten haben sich die Ausständigen und damit einverstanden erklärt, daß mit den Arbeitereinsichtlichen verhandelt wird, welche fordern sie die Verhandlung mit der Fährndorf. Dies ist aus der Standpunkt der Streikleitung, welche u. a. ein Aufgehoben im Bergischen Weisse zu befehlen aufschlagen hat. Die Bergarbeiter befinden sich in Zelt, Meuselwitz und Zander. Der Kampf ist bis jetzt noch ein recht uninteressant, an ihm sind lediglich organisierte Bergarbeiter beteiligt. Die Ausständigen sind sich bezüglich ihrer Forderungen, die sich auf ihre speziellen Örtlichkeiten beziehen, selbst noch nicht ganz klar. Das Wetter muß sich nun erst in den Ausständigenversammlungen ergeben, bei denen eine Mittwegnachmittags in Ludwigs stattfindet. Die Bergverwaltungen des Meuselwitzer Reviers fordern die Streikenden auf, bis Freitag die Arbeit wiederzunehmen; andernfalls gehen sie als abgeleitete Streikführer zur Verhandlung der Bergarbeiter. Nach den Angaben der im Jahre 1905 erschienenen Berichte der königlich preussischen Regierungs- und Gewerbeämter und Behörden betrug die mittlere Gesamtzahl der Belegschaften im Bergrevier Zelt 3114 4310 Köpfe im Braunkohlenrevier, Zelt-Halle 4276 Personen; auf den Braunkohlenrevier im Revier Weiskensfeld 2190 Mann. Es waren 33 Braunkohlenrevier in Betrieb. Bei den Braunkohlenrevier und einem Örtlichen Bergrevier betrug die Belegschaftszahl im Bergrevier Zelt 6524.

Gerichtsverhandlungen.

- Berlin, 26. März. Die erste Strafkammer des Landgerichts Berlin I verurteilte heute wegen Aufzucht zu Gewaltthatigkeiten, zum Ungehörigen gegen die Geleise und zur Begehung strafbarer Handlungen die Redakteure der anarchischen Zeitung „Der Revolutionär“ Paul Franködie zu 9 Monaten, Fritz Müller und Wilhelm Müller zu 4 Monaten Gefängnis. Ein Antrag des Staatsanwalts, die Angeklagten Franködie und Müller wegen Fährndorf zu verhaften, wurde vom Gerichtshof abgelehnt.
- Altona, 26. März. Das Landgericht verurteilte, wie dem „B. Z.“ gemeldet wird, einen gewissen Kramer aus Schiffdorf unter Verhaftung der Fährndorf zu einem Jahre Gefängnis, weil er seine Gattin an einen Rentier für 2000 M. unter Aufhebung eines Kaufvertrages täuschlich veräußerte.
- München, 26. März. Der zwischen der Paulanerbrauerei und der Spatenbrauerei geführte langjährige Streit wurde nunmehr durch freundschafliche Einigung erledigt. Die Spatenbrauerei läßt das von ihr bisher zur Begehung ihres Starbieres verwendete, das Wort „Salvatorberg“ enthaltende Etikett löschen und wird ihr Spezialbier künftig unter einer andern Bezeichnung in den Verkehr bringen.
- Altona, 27. März. Herr J. wieder in Berlin wurde wegen Verletzung der deutschen Kartellgesetze seiner Parodie, gefahren in Preußen auf der Kanal, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

- (Selbstmord vor dem Assessor-Examen) verurteilte, wie aus dem „B. Z.“ gemeldet wird, der zuletzt hiesigen Landgericht befristete Sekretär Dr. Dietz. Er erkrankte sich dieser Tage in der Nähe seiner Heimatstadt Nauwig im Walde. Er hatte schon vor längerer Zeit seine schließliche Arbeit zum Assessor-Examen eingeleitet und mußte aus unbegreiflichen lange auf Antwort über den Ausfall warten. Schließlich erfuhr er, daß der betreffende Sekretär durch Landtagsarbeiten verhindert gewesen ist, die Arbeit zu prüfen. Erst nach Verlauf von mehr als 8 Monaten, während deren er in seiner Examenanfrage von großer Nervosität befallen wurde, erhielt er nun die Antwort, daß er zum mündlichen Examen nicht zugelassen werden könne. Zu seiner Aufregung über diesen Bescheid machte Dr. Dietz einen Versuch an Ende. Auch ein trauriger Beitrag zur Reform des Examenwesens.
- (Eine gefährliche Ballonfahrt) Aus Karlsruhe wird gemeldet: Sonntag landete in einem Walde, drei Meilen von hier, ein mit zwei Soldaten besetzter Ballon der Kompanie des Luftschiffbaukorps aus Berlin. Als der Ballon über der Dörfer sein Gesehnen von der Kiste sich löste, ging er nieder. Aber ein Soldat klappte den Ballonstoff, worauf der Ballon wieder in die Höhe ging, während die Soldaten sich an den Latten festhielten. Die Besatzung kam in gutem Zustande hier an.
- (Zwei Fälle von Genickstarre) sind bei dem königlichen Elisabeth-Regiment in Weiden bei Weiskensfeld gemeldet worden. Der eine Patient ist ein Einjährig-Freiwilliger. Die Kranken sind isoliert worden; alle Vorkehrungen gegen die Verbreitung der Epidemie wurden schärflich durchgeführt. Die Stadt Berlin ist zurzeit völlig frei von dieser Krankheit.
- (In einem Hotel erschossen) hat sich kürzlich Montagabend in Berlin der 26 Jahre alte Wirt Franz Brömer. Der junge Mann befristete am Donnerstag in einer Schaufensterwache in der Petersburger Straße die Wanne eines Gastes, der ihm damit mit dem Wergang an den Kopf schlug. Auf den Wergang in der Petersburger Straße verhandelt, flugte er leblos über Kopf hinweg. Montag morgen ging er mit dem Bemerkten von Hause weg, daß er einen Arzt aufsuchen wollte, kehrte aber nicht zurück. Nachdem man er in ein Hotel der Wölkstraße und nahm ein Zimmer. Hier überlebte er sich abends durch einen Revolverstich in den Kopf. Die Autopsie Untersuchung am 23.000 M. wurde, wie aus Regensburg gemeldet wird, der Kaiser der dortigen Landwirtschaftlichen Lehranstalt, der Kaufmann Hüttlinger, verhaftet.
- (Aus dem Graubrevier) in Bas de Calais kommt folgende Nachricht: Die Belegten nehmen die Arbeit wieder auf. Man glaubt, daß sich bei der Abklärung eine große Mehrheit gegen Fortsetzung des Ausstandes aussprechen wird. Die deutschen Rettungsmannschaften, deren Tätigkeit beendet ist, haben sich Dienstag früh von der Gesellschaft in Courrières verabschiedet und kehren nach Deutschland zurück. Die Bergungsarbeiten werden von den französischen Rettungsmannschaften fortgesetzt.
- (Drei Kinder als Wörder). Wie aus Paris berichtet wird, haben in Louvre drei Kinder, von denen das älteste noch nicht vierzehn Jahre alt war, einen Mordanschlag auf einen Weinbändler verübt. Sie brangen in das Geschäft des Kaufmanns Wobbe und verletzten ihn zu erheben, um seine Tageseinnahme an sich zu bringen. Als das überfallene Opfer Hilfe rief, erstreckten sich die jugendlichen Missethäter mehrere Stiche in den Kopf. Charakteristisch für die Missethäter der Verbrecher ist die Tatsache, daß sie ihren Verletzungen Stiche des gestohlenen Geldes zumachen, um sich auf diese Art vor der Festnahme zu retten. Es gelang ihnen schließendlich nicht.
- (Von einem Tiger angefallen) wurde in einer Menagerie in der Frankfurter Gasse bei Berlin die Frau des Tierzüchters Sellmann. Bei einer Probe, die mit dem Königstiger, der demnach vorgelüßt werden soll, veranstaltet wurde, warf die Heile Frau Sellmann zu Boden und geriet in die Gewalt und Kräfte. Der Obermann und andere Angeleitete eilten sofort zu Hilfe und befreiten die Unglückliche. Schauer verließ wurde sie nach dem Krankehaus am Friedrichshagen gebracht.
- (Für das Schnellbahnprojekt Düsseldorf—Bonn) haben die Allgemeine Geldverkehrs-Gesellschaft und die Siemens-Schuckert-Werke vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten die Erlaubnis zu den hierzu nötigen Berechnungen erhalten.
- (Italienische Luft). Aus Turin wird gemeldet: Ein gewisser Carraro, der seine Frau, als sie bei einer tiefen Unterhaltung überredet, immer vornehmlich und den Redeberechtigten, wurde am Donnerstag unter dem Deckmantel des Publikums freigegeben.
- (Ein Bifolendahl zwischen zwei preussischen Wäffeln) hat in Middleburg in England stattgefunden. Mrs. Alice Moore und Mrs. Carter waren in Zivil getraut. Sie fanden sich in einem Salon, gesammelt, um ihre Sade mit Wäffeln auszutragen. Sellmann war eine gemeinsame Freundin, Mrs. Frank Moore. Dreimal wurden vergeblich die Augen gewechselt, als Mrs. Moore plötzlich von Angst gepackt wurde und auf die Straße rannte. Ihre Erlöster

Eigener jedoch war in Schicksal geraten: Er schloß auf den weissen Eckbalken und verwundete ihn nicht ungeringfügig.

(Durch elektrischen Strom getötet.) In einem Räume der chemischen Fabrik auf Aktien, vorm. C. Schering in Berlin, wurde der Maschinenmeister K. H. H. auf dem Fließband liegend tot aufgefunden. Er hatte sich in einer dort befindlichen Zelle gehängt, sich dann mehrere Drähte der elektrischen Leitung um den Hals gelegt und darunter einen Schmittgürtel gebunden. Als Selbstmord vorliegt oder ob der Verstorbenen, der ein Nervenleiden litt, sich hätte elektrisieren wollen, bedarf nach der Auffassung.

(Ein Uhrmacher) wurde dieser Tage in einem Schaufenster in der Rosenstraße in Berlin festgenommen. Ein Gast, der Kellner Richard Hardtke, verkaufte einen Schlichter eine goldene Uhr. Der Käufer zahlte 100 Mark an, war aber vorsichtig genug, sofort heimlich zu einem Uhrmacher zu gehen und ihm das „Rechtlich“ zu zeigen. Hier erfuhr er, daß er eine ganz wertlose Reparatur erhalten habe. Als der Schlichter in die Schaufensteröffnung zurückkehrte, wollte Hardtke einsteigen. Man verstellte ihm jedoch die Tür und holte einen Schwamm. Der Schwamm wogerte sich, das Gold herauszugeben, schlug vielmehr auf den Beamten ein und konnte erst mit Hilfe eines zweiten Schwammes übermüdet und nach der Wache gebracht werden. Internetswegs überlegte er einem der Beamten noch einen Fußtritt gegen den Leib. Hardtke wurde dem Untersuchungsrichter zugewiesen.

(Die Unrat einer Mutter.) Aus Dier wird gemeldet: Im Dezember 1907, als die Beteiligten in einem Arbeiterklub sich über die Kinder zu erwidern. Zwei Kinder sind tot, die Frau wurde verhaftet.

(Erweiterung der Stadt Köln.) Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte am 22. März das Lebensentwurf der Stadt Köln mit der Staatsregierung bezüglich der neuen Kölner Stadterweiterung, also den Ankauf der rechts- und linksseitigen Umwallung durch die Stadt. Die Stadt besitzt 2 1/2 Millionen Mark in zwölf Jahresraten ohne Zinsen. Die erste Rate ist spätestens am 31. März 1909 zu entrichten. Das der Stadt dafür zuzulassen, zum Besonderen getragene Gebiet beträgt, wie die Köln. Zeitung, auf der linken Rheinseite 66 und auf der rechten 37, zusammen 123 Hektar.

(3.100.000 Mark für ein Grundstück in Berlin.) Das den v. Godeffroy'schen Erben gehörige Grundstück Wilhelmstraße 53, Ecke Kehlbergstraße, ist für 3.100.000 Mark in Besitz der Herren Kautler, Raab und Baummeister Rütke übergegangen. In den Erben gehört, wie bekannt ist, auch der jüdische Bälzer.

(Standesamtliche Trauung mit Musik.) Der Stadtrat von Toulouse hat bestimmt, daß Trauungen im Standesamt von nun an „mit Musik“ vollzogen werden sollen. Das Ehepaar, für die Beteiligten unsicher, ist sowohl beim Eintritt des zu traunenden Paares, als auch nach der Trauung des Standesbeamten spielen. Seit Kirche und Staat in Frankreich getrennt sind, werden verschiedene solche Kleinigkeiten ausgedacht und verwirklicht.

(Die Grubenkatastrophe in Courrières.) In Wiltz Montigny ist es den Rettungsmannschaften gelungen, das Feuer, soweit es zu werden, daß man auf die andere Seite gelangen konnte. Hier bot sich dem Bild ein erschütterndes Schauspiel dar. Haufen von Leichen, verfaßt und in Verwesung übergegangen, lagen überdemat gestülpt. Sie wurden nun mit Eilber überflogen und sollen heute zu Tage gefördert werden.

(Grubenunglück.) In Weiskrug brach Dienstag Nacht in der Eisenhütten-Forst infolge Gasausbruchs der Maschine Feuer aus. Zwei Obersteiger und zwei Bergleute, die nach der Brandstätte vordringen wollten, fürzten 20 Meter tief in den Schacht, da plötzlich die Wälder erloschen. Beide Obersteiger sind tödlich verletzt.

(Selbstmordverlauf Dreier Schwestern durch Vergewaltigung.) In der Wiener Vorstadt Hernals haben drei Schwestern verstorben, durch Vergewaltigung Selbstmord zu verüben. Es waren die drei Schwestern Katarina, Vertha und Karoline Hof, 38, 35 und 31 Jahre alt, die zusammen eine arbeitslose Wohnung inne hatten. In den letzten Wochen trugen sie ein abendweiliges Besuchen zur Schau, gingen gerührt mehr aus und ließen sich auch keine Nahrungsmittel in die Wohnung bringen. Die Mitbewohner des Hauses glaubten schließlich, daß die Schwestern geisteskrank seien, und benachrichtigten die Polizei. Es wurde ein Polizeibeamter in die Wohnung der Schwestern entsandt, der dieselben durch das heimliche Festhalten herausgenommen, untersucht und feststellte, daß sie sich bewegen. Auf alle Fragen blieben sie die Antwort schweigend. Die Schwestern wurden schließlich durch einen Ambulanzwagen zum Polizeigrenzwächter gebracht, wo sie ebenfalls auf alle Fragen die Antwort verweigerten und in dumpfen Schweigen verfielen. Die drei Schwestern wurden schließlich zur Unterbringung ihres Geisteszustandes der psychiatrischen Klinik übergeben.

(Wem Wasserungsgefahr?) stellte sich in Deggendorf in Niederbayern ein Neutr, der 50 Pfund wog und 1,14 Meter groß ist.

(Verurteilung Automobilfahrer.) Kurz nach 2 Uhr nachts fuhr ein Montag vor dem Restaurator J. A. Deutchen Kaffee in die Pension bei Berlin ein Automobil vor. Es stiegen sechs Männer aus dem Wagen heraus, um in dem Lokal einzufahren. Da sie jedoch angehalten waren, verortete ihnen der Zuhörer des Lokals, der 43-jährige Gasmist Max Drobly, kein Bier mehr. Die Gäste brachten sich darauf, daß sie schließlich durch den Gastwirt Robert Kuffatz auf die Straße befördert wurden. Die Angerufenen

gerinnmeten nun die Fensterische sowie die Türe und trühten dann wieder in das Lokal. Mit gelächelten Messern stürzten sich die Exzessanten auf den wehlosten Gasmist, dessen Sohn und Handbedienter. Säumerverletzt brach B. bald bewußtlos zusammen. Auch der Gasmist und der Sohn des Gasmistes hatten von den Wunden mehrere Schindeln erhalten. Die Verletzten wurden nach der Unfallstation in der Gassenstraße gebracht werden. In bedauerlichem Zustande kamen B. und N. in das Krankenhaus Moabit. Die Täter flüchteten nach dem Tode auf ihr Automobil und fuhren in rasendem Tempo davon.

(Undant für der Welt Lohn.) Aus Polzin wird der „Danz. Zig.“ gemeldet: Eine große Mutter hat sich am Sonntag nachmittag in Kollig ereignet. Der bereits als Nestbeschädiger Arbeiter Wainig wollte seinen Leben durch Verlassen ein Ende machen, was aber von dem herbeieilenden Arbeiter Krause verhindert wurde. Zum Tode sollte er der Lebensmüde das Messer und schloßte seinem Mitter den Unterleib auf. Wainig wurde sofort festgenommen. Sein Opfer liegt hoffnungslos darnieder.

(Der Sekretär des Bischofs.) Aus Budapest wird gemeldet: Montag wurde der höhere Sekretär des Bischofs von Weiskrug, Josef S. verhaftet, weil er mit mehreren hiesigen und Wiener Antiquitätenhändlern von dem Bischof lösliche Antiquitäten, die zum Österreichischen Fideikommissaratsbesitz gehörten, ferner lösliche Kirchengeräte sowie große Summen herausgelobt hat. Außer ihm wurde noch ein Antiquitätenhändler namens Philipp K. verhaftet. Die Verhaftungen sind dem Bischof unbekannt.

(Beim Begräbnis namens Neffen wohnsinnig) wurde, wie aus New-York berichtet wird, in Baltimore ein Herr Walter Pottee. Er griff die Leidtragenden an und schloß acht Leute nieder, von denen zwei tödliche Verletzungen davon trugen. Er schloß dann nach seinem Sinne und ließe es in Brand. Unter Verhaftung aller Gelehrten wurden Versuche gemacht, ihn aus dem brennenden Hause herauszuholen, er ließ aber auf alle, die ihm zu nahe kamen. Als der Brand gelöscht war, fand man ihn tot und halb verbrannt.

(Die Frau eines Wiener Universitätsprofessors Theodor Beer,) der im vorigen Herbst wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an Kindern, an drei Monaten Kerker verurteilt wurde, hat sich in Montreux erschossen. Professor Beer war inermittelt nach der Schweiz geflohen, später aber nach Wien zurückgekehrt, um sich dem Gericht zu stellen. Seine Frau entstammte aus angesehenem Schweizer Familie.

(Von glühender Eisenstraße verbrannt.) Aus Aachen wird gemeldet: Von dem Werke des Aachener Hüttenwerksvereins Rote Erde flüchtete Montag abend nach Beginn der Nachtschicht ein Arbeiter, der eben zu arbeiten begonnen hatte, mehrere Meter glühende Eisenstraße auf Kopf und Oberkörper. Er erlitt so schwere Brandwunden, daß der Tod sofort eintrat. Ein anderer Arbeiter fiel in den heißen Krannwerk, wurde aber durch die Weitesgegenwart seiner Kollegen vor dem Tode bewahrt.

(Der Schenkerum in das Unwetters) der beiden letzten Tage haben die Schiffahrt vielen Schaden zugefügt. Auf der Untersee franderte der deutsche Dampfer „Sekunda“. Die holländische Dampfer „Germine Bul“ lief bei Ländigt und löschend aus See in Cuxhaven ein. Vor der Verberückung sank der deutsche Segler „Heimke“. Viele Schiffe erlitten durch den Schenkerum große Schaden. In der Nacht vom 27. März, darunter Karoline Dicks aus Nordsee. (Brand des Bootshauses des Hienbacher Rudervereins.) In Fiedenheim brannte Dienstag morgen das unangenehme Bootshaus des Hienbacher Rudervereins total nieder. Der Bootshaus, der allein schon einen Wert von 30000 Mk. repräsentiert, ist ein Opfer der Flammen geworden. Die Familien sitzen bis in die Mitte der Nacht. Ein ein Weiser war nicht zu denken. Die Familie des Bootshauswirts rettete mit knapper Not das nackte Leben.

Neueste Nachrichten.

London, 28. März. Mit dem erfolgreichen Abschluß der Marokkotonferenz rechnet bereits ein Teil der englischen Presse. Die „Tribune“ betont in ihrem Leitartikel: Deutschland hat auf der Konferenz alles erlangt, wozu es berechtigt war, die offene Tür für den Handel, eine internationale Bank und einen internationalen Polizeimpetektor — für Deutschland hat die Gleichberechtigung aller nicht-französischen Interessen gesichert. „Daily News“ schreibt unter der Überschrift: „Das Ende in Sicht“: Deutschland konnte Frankreich nicht aus seiner bevorzugten Stellung verdrängen, hat dagegen Frankreichs Autorität wesentlich eingeschränkt, das französisch-englische Abkommen tatsächlich beseitigt und sein Recht zur Einmischung in die marokkanischen Angelegenheiten bekräftigt. Die Konferenz wird dazu beitragen, die Beziehungen zwischen Deutschland und

England zu verbessern, und ist ein großer Schritt vorwärts zur Lösung schwieriger internationaler Probleme mittels europäischer Mitwirkung.

Algier, 28. März. Während der gestrigen Sitzung der Abdelationkommission gelang es, auf Grund einer von amerikanischer Seite vorgelegten Fassung eine glückliche Lösung für die bestehenden Differenzen über die Frage der Beaufsichtigung der Polizei in Algerien, welche alle Ausfälle hat, in der nachmittags 5 Uhr beginnenden Sitzung die Zustimmung des Plenums zu finden. Auch die Forderung der Bantanteile wurde in befriedigendem Sinne geregelt.

Breslau, 28. März. Die Arbeiter fast aller größeren Fabriken in Genshofau sind ausständig. In der Fabrik von Pelzer wollten Ausständig die Kesselheizer auslösen. Ein Meister, der dieses verhindern wollte, wurde durch einen Revolververstoß lebensgefährlich verletzt.

Paris, 28. März. Dem Artikel des „Temps“ über die russische Note an Cassini liehen die französischen Regierungskreise fern. Eine russische, nicht näher bezeichnete Persönlichkeit erzählte gesprächsweise einem diplomatischen Mitarbeiter des „Temps“ von der Note und gab ihren Inhalt an. Daher ist der zuerst veröffentlichte Text ungenau. Die betreffende Persönlichkeits erklärte hinterher, ihre Mitteilungen seien völlig absichtlos gemacht worden und er hätte nicht geglaubt, daß die Antwort veröffentlicht werden.

Wiga, 28. März. Die Polizei hat gestern drei Revolutionäre verhaftet. Man fand bei ihnen fünf Revolver, 1500 Patronen, eine Kiste mit Broschüren und ausreichende Schriften, sowie eine wichtige Korrespondenz.

Waren- und Produktenserie.

Berlin, 27. März. Weizen 1000 kg Mai 188 50, Juli 187 50, Sept. —, Mt. Roggen 1000 kg Mt. 188 50, Juli 171 50, Sept. —, Mt. Hafer 1000 kg Mt. 189 75, Juli 162 75, Mt. Weizen 1000 kg amer. Mt. 189 50, Juli —, Mt. Hafer 100 kg Mt. 49 60, Okt. 52 10 Mt.

Warte Auslandsberichte haben bei anfänglicher Unentschiedenheit bei beschänktem Verkehr die Stimmung für Getreide nachteilig beeinflusst. Weizen und Roggen konnten den gewöhnlichen Preis erhalten. Getreides Getreide bleibt schwer veräußlich. Mühlmehl im Werte etwas gehiebert.

Leipzig, 27. März. Per 1000 kg Weizen inländ. 162-172, ausl. 189-200, Mt. Roggen inländ. 163-167, ausl. 176-178, polener preis. —, Mt. Weizen blesse Strauberg 168-172, Weizen und Futterweizen 134-156. Hafer inländ. 159-174, ausl. 165-180, Mt. Weizen amerikanischer 131-137, runder 145-149, Cinnamun 167-180, indischer —, Weizenfuchsen per 100 kg netto 12 50-13 00. Hafer 61, rohes, per 100 kg netto ohne Sch. 48 75 höher. Weizenmehl 00 24 50, Roggenmehl 01 24 00.

Todes-Anzeige.

Dienstag nachm. 3/2 Uhr verstorben nach langen schweren Leiden unsere liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Pauline Meyer

im 56. Lebensjahre. Die allen Freunden und Bekannten zur Nachricht mit der Bitte um stille Teilnahme. Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 2 Uhr vom Trauerhause Steinberg 8 aus statt.

Reklameteil.

Verdauungs-Beschwerden, God-brennen, nervöse Magenschwäche, besteht die nach Vorchrift von Prof. Dr. D. Schering hergestellte Schering's Pepsin-Gesenz (Pepsin-Wein), fl. 150 n. 3.00. Schering's Gürtel Apotheke, Berlin, Chausseest. 19. Niederlagen Weiskrug: Dom- und Stadt-Apotheke.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von E. G. Köpfer in Weiskrug.

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Postämtern 1 Mk., monatlich 30 Pf.; durch den Verleger und die Post 35 Pf., 1,20 Mk. durch den Postboten ins Haus 1,25 Mk. Einzelnummer 5 Pf.
Erhalten vierteljährlich 6 mal vormittags halb 9 Uhr, mit Übernahme der Tage nach dem Sonn- u. Festtagen; in den Ausgabezeiten am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
4seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile pro Zeile 10 Pf., für die zweite 8 Pf., für die dritte 6 Pf., für die vierte 5 Pf., für die fünfte 4 Pf., für die sechste 3 Pf., für die siebente 2 Pf., für die achte 1 Pf., für die neunte 1 Pf., für die zehnte 1 Pf., für die elfte 1 Pf., für die zwölfte 1 Pf., für die dreizehnte 1 Pf., für die vierzehnte 1 Pf., für die fünfzehnte 1 Pf., für die sechzehnte 1 Pf., für die siebenzehnte 1 Pf., für die achtzehnte 1 Pf., für die neunzehnte 1 Pf., für die zwanzigste 1 Pf., für die einundzwanzigste 1 Pf., für die zweiundzwanzigste 1 Pf., für die dreiundzwanzigste 1 Pf., für die vierundzwanzigste 1 Pf., für die fünfundzwanzigste 1 Pf., für die sechsundzwanzigste 1 Pf., für die siebenundzwanzigste 1 Pf., für die achtundzwanzigste 1 Pf., für die neunundzwanzigste 1 Pf., für die dreißigste 1 Pf., für die einunddreißigste 1 Pf., für die zweiunddreißigste 1 Pf., für die dreiunddreißigste 1 Pf., für die vierunddreißigste 1 Pf., für die fünfunddreißigste 1 Pf., für die sechsunddreißigste 1 Pf., für die siebenunddreißigste 1 Pf., für die achtunddreißigste 1 Pf., für die neununddreißigste 1 Pf., für die vierzigste 1 Pf., für die einundvierzigste 1 Pf., für die zweiundvierzigste 1 Pf., für die dreiundvierzigste 1 Pf., für die vierundvierzigste 1 Pf., für die fünfundvierzigste 1 Pf., für die sechsundvierzigste 1 Pf., für die siebenundvierzigste 1 Pf., für die achtundvierzigste 1 Pf., für die neunundvierzigste 1 Pf., für die fünfzigste 1 Pf., für die einundfünfzigste 1 Pf., für die zweiundfünfzigste 1 Pf., für die dreiundfünfzigste 1 Pf., für die vierundfünfzigste 1 Pf., für die fünfundfünfzigste 1 Pf., für die sechsundfünfzigste 1 Pf., für die siebenundfünfzigste 1 Pf., für die achtundfünfzigste 1 Pf., für die neunundfünfzigste 1 Pf., für die sechzigste 1 Pf., für die einundsechzigste 1 Pf., für die zweiundsechzigste 1 Pf., für die dreiundsechzigste 1 Pf., für die vierundsechzigste 1 Pf., für die fünfundsechzigste 1 Pf., für die sechsundsechzigste 1 Pf., für die siebenundsechzigste 1 Pf., für die achtundsechzigste 1 Pf., für die neunundsechzigste 1 Pf., für die siebenzigste 1 Pf., für die einundsiebzigste 1 Pf., für die zweiundsiebzigste 1 Pf., für die dreiundsiebzigste 1 Pf., für die vierundsiebzigste 1 Pf., für die fünfundsiebzigste 1 Pf., für die sechsundsiebzigste 1 Pf., für die siebenundsiebzigste 1 Pf., für die achtundsiebzigste 1 Pf., für die neunundsiebzigste 1 Pf., für die achtzigste 1 Pf., für die einundachtzigste 1 Pf., für die zweiundachtzigste 1 Pf., für die dreiundachtzigste 1 Pf., für die vierundachtzigste 1 Pf., für die fünfundachtzigste 1 Pf., für die sechsundachtzigste 1 Pf., für die siebenundachtzigste 1 Pf., für die achtundachtzigste 1 Pf., für die neunundachtzigste 1 Pf., für die neunzigste 1 Pf., für die einundneunzigste 1 Pf., für die zweiundneunzigste 1 Pf., für die dreiundneunzigste 1 Pf., für die vierundneunzigste 1 Pf., für die fünfundneunzigste 1 Pf., für die sechsundneunzigste 1 Pf., für die siebenundneunzigste 1 Pf., für die achtundneunzigste 1 Pf., für die neunundneunzigste 1 Pf., für die hundertste 1 Pf.

Nr. 74.

Donnerstag den 29. März 1906.

32. Jahrg.

Reichsfinanzreform und Flottenvorlage.

Herr von Stengel ist, wie man ihm ja nachfühlen kann, durch das voraussichtliche Scheitern seiner Reichsfinanzreform stark verstimmt. Die Form, in der er dieser Verstimmung am Dienstag im Reichstage bei seiner Stellungnahme zu dem Antrage der Freistimmigen auf Einführung einer qualifizierten Reichsvermögenssteuer zur Deckung der Flottenkosten Ausdruck gab, war jedoch nichts weniger als staatsmännlich. Bekanntlich ist schon in der Steuerkommission ein Antrag auf Einführung einer Reichs Einkommen- bzw. Reichsvermögenssteuer gestellt, aber mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freistimmigen abgelehnt worden. Herr von Stengel tat nun heute sehr entrüstet, daß die beiden Volksparteien es getraut haben, abermals einen solchen Antrag und zwar im Plenum in Verbindung mit dem Flottengesetz einzubringen; er schien sogar dem Zweifel darüber Ausdruck geben zu wollen, ob ein solches Vorgehen einer in der Kommission unterlegenen „Minorität“ noch loyal genannt werden könne. Diese Entrüstung des Herrn von Stengel war vollkommen deplaciert; sie findet eine Erklärung, wenn auch keine Entschuldigung, nur in dem schlecht verbelebten Merger darüber, daß die Kommission sein schönes Steuerbuckel so arg zerstückelt hat. Es gibt keinen materiellen, oder auch nur formalen Grund, der eine Partei daran hindern könnte, zur Deckung irgend einer großen Ausgaben erforderlichen Vorlage eine solche Steuer zu beantragen, auch wenn sie im Zusammenhang mit einer anderen Vorlage vielleicht schon abgelehnt worden ist. Wenn Herr von Stengel aber etwa geglaubt haben sollte, daß er mit seiner im Namen der Verb. Regierungen abgegebenen Erklärung, daß sie jeden Versuch, die direkte Steuern auf das Reich zu übertragen, einschließen abzulehnen müßten, auf den Reichstag einen besonderen Eindruck gemacht hat, so dürfte er sich gewaltig täuschen. Die Reichsregierung hat schon recht oft sich gegen diese oder jene Forderungen des Reichstages hoch und heilig verschworen und später ihr feierliches „Niemals“ doch aufgeben müssen. Herr von Stengel hat zwar heute durch allerlei formale Scheingründe den Nachweis zu führen versucht, daß die Reichs erb- schaftsteuer keine direkte Steuer sei, und daß daher die Bewahrung, die Regierung habe mit dieser Steuer ihre bisherigen Grundzüge durchbrochen, hinsichtlich sei; der Abgeordnete Mommien hat ihm aber darauf mit vollem Recht erwidert, daß derartige feine feuerrechtliche Definitionen den Steuerzahler schwerlich in der Auffassung wandeln machen können, daß die Erbschaftsteuer ebenso wie die Einkommensteuer eine direkte Steuer ist. Herr von Stengel mag es also ruhig weiter mit seiner „Doctrin“ halten.

Die sachlichen Ausführungen der einzelnen Redner über die Flottenvorlage selbst traten am Dienstag zeitweise gegenüber dieser wichtigen Deckungsfrage in den Hintergrund. Aus der Rede des Staatssekretärs des Reichsmarineamts verdient im Hinblick auf die merkwürdige Kritik des Flottenvereins, dessen Matadore sich in der öffentlichen Herabsetzung des Wertes unserer Flotte nicht genug tun können — Herr Generalmajor Keim hat bekanntlich wiederholt verächtlich von dem deutschen „Flotten“ gesprochen — besonders hervorgehoben zu werden, daß nach der persönlichen Auffassung des Herrn v. Tirpitz unsere Flotte durch das Flottengesetz von 1900 der französischen gleichwertig gemacht worden sei. Die Agitatoren des Flottenvereins suchen demgegenüber bekanntlich die Darstellung zu verbreiten, als ob die deutsche Flotte unter den Seestreitkräften der Mächte erst an 5. oder 6. Stelle rangiere. Nicht bemerkenswert war ferner, daß selbst der freisinn. Graf Arnim und insbesondere der Antisemit Liebermann von Sonnenberg, der selber hervorragendes Mitglied des Alldeutschen Vereins ist, mit dem Flottenverein wegen seiner ungerechten Angriffe auf die Marineverwaltung nicht gerade fänsfichtig umsprangen. Ueber

die Stellung der freis. Volkspartei zur Flottenvorlage verlas der Abg. Dr. Müller-Sagan eine Erklärung, wonach die Partei zwar die Forderungen billigt, aber ihre Bindung ablehnt und sie nur alljährlich im Rahmen des Etats bewilligen will. Den Antrag auf Einführung einer Reichsvermögenssteuer zur Deckung der Flottenkosten begründete der Abg. Dr. Müller-Meinging in einer höchst wirkungsvollen Rede, in der er insbesondere den hochmögenden Flottenschwärmern einige unangenehme Wahrheiten sagte, wie z. B. die: „Patriotismus auf Kosten Anderer ist nicht viel wert.“

Von der Marokko-Konferenz.

Das offizielle Communiqué über den Verlauf der Sitzung am Montag besagt: Die Konferenz erörterte am Montag den Text des von dem Redaktionsausschuß vorbereiteten Entwurfes der Organisation der Polizei. Die spanischen Delegierten erinnerten zunächst daran, daß die Organisation der Polizei auf die acht für den Handel geöffneten Häfen beschränkt werden müsse, und daß in dieser Beziehung keine Neuerung für den Rest des Reiches vorgebracht werden dürfe. Spanien beanspruchte wie Frankreich aus dieser Tatsache das Recht, unmittelbar und ausschließlich mit dem Sultan die Polizei gemäß den von der Konferenz bereits angenommenen Grundsätzen zu regeln, die das Recht dieser Grenzstationen in bezug auf den Waffensmuggel und das Zollreglement betreffen. Nachdem die Konferenz von dieser Erklärung Kenntnis genommen hatte, kündigte der erste Delegierte Oesterreich-Ungarns an, daß es nach erneuter Prüfung der Frage empfehlenswert erschienen sei, in Casablanca seine einer dritten Macht angehörenden Inspektoren auszustellen und andererseits auch seinen mit der Inspektion beauftragten Offizier Kommando-Funktionen in irgend einem der Häfen anzuvertrauen. Nachdem der erste Delegierte Deutschlands sich dieser Erklärung angeschlossen hatte, trat die Konferenz in die Prüfung der einzelnen Artikel des Entwurfs ein. Sie nahm den ersten Artikel an, welcher bestimmt, daß die Polizei aus marokkanischen Truppen gebildet und auf ihre Standorte unter der Autorität des Sultans verteilt werden soll. Artikel zwei, welcher die Ausbildung der Polizeitruppen französischen und spanischen Offizieren und Unteroffizieren anvertraut, und die Bedingungen ihrer Anwerbung durch den Nachsten festsetzt, wurde in gleicher Weise ohne Vorbehalt mit unbedeutenden formalen Änderungen angenommen. Die Redaktion des Artikels drei, welcher die Art der Ausbildung, die Befugnisse der Inspektoren, sowie die Vorbereitung des Reglements für die Organisation der Polizei betrifft, gab zu verschiedenen Ausstellungen Anlaß, welche die Teilnahme des Inspektors und des diplomatischen Korps bei der Ausarbeitung dieses Reglements betrafen. Der Artikel wurde an den Redaktionsausschuß zurückverwiesen, um einen endgültigen Text herzustellen. Die Konferenz nahm ferner Artikel 4 an, welcher die Offiziersstärke der Polizeitruppen auf höchstens 2500 Mann, die Zahl der Offiziere auf höchstens 20, die der Unteroffiziere auf höchstens 40 festsetzt. Artikel fünf, welcher das Budget für die Polizei auf 2 1/2 Millionen Francs festsetzt, wurde gleichfalls angenommen. Artikel sechs und sieben, die sich auf die Schaffung einer Inspektion der Tätigkeit der Polizei und auf die Funktionen des Inspektors, der aus der Schweizer oder niederländischen Armee gewählt werden soll, beziehen, gaben Veranlassung zu einer Erörterung, im Laufe derer der erste österreichisch-ungarische Delegierte eine Anzahl Amendements einbrachte, die die Intervention des diplomatischen Korps in der Kontrolle der Tätigkeit der Polizei und die Beziehungen des diplomatischen Korps zu dem Inspektor vorsehen. Nach Erörterung dieser verschiedenen Amendements wurden diese dem Redaktionskomitee mit dem Auftrag überwiesen, eine neue Fassung vorzubereiten. Die Konferenz nahm zum Schluß Artikel acht und neun an, nach denen das Gehalt des Inspektors auf 25 000 Francs fest-

gesetzt wird. Die nächste Sitzung ist für Dienstag nachmittags 3 Uhr angesetzt.

Politische Uebersicht.

Frankreich. Ein französischer Ministerrat fand am Dienstag mittag statt. Präsident Fallières unterzeichnete dabei auf Antrag des Kriegsministers Clemenceau ein Dekret, durch welches der Kommandeur de Croix des 35. Artillerie-Regiments in Cannes, Departement Morbihan, in Disponibilität mit halber Solde versetzt wird. De Croix wurde am Montag vom Kriegsgericht des 11. Armekorps, vor das er wegen Nichtbefolgung eines militärischen Befehls gestellt worden war, freigesprochen. Der Kriegsminister erklärte, daß er entschlossen sei, alle Offiziere jener Gegend zu versetzen. Der Minister des Auswärtigen Bourgeois erlittete über den Stand der Arbeiten der Konferenz von Algäira, der Minister Clemenceau über den Ausstand der Bergarbeiter in den Departements Nord und Pas de Calais Bericht. — Eine Maßregel gegen

Abson-
ais weiß
das Mi-
nt Jour-
eten habe,
kreuzer
müßten.
erde dieser
tungen
p. Haute-
welder
inventar-
par. An
gegen das
in wurden,
bemerkte
Nordham)
amug, bei
seu durch
der Polizei
menhöfen,
Staats-
nahme-
in Franken
stimmung
die Neu-
Neubewaf-
nung derselben mit einem Kruppischen 7,5 Zentimeter
Rohrdrückaufgeschuß.

England. Die Königin von England reist dem „Figaro“ zufolge über Paris nach Marfette; sie erwartet dort den König Edward und unternimmt dann an Bord der Yacht „Victoria and Albert“ eine Kreuzfahrt im Mittelmeer.

Spanien. Der König will gegenwärtig auf Teneriffa. — Eine Kartistenvereinigung hat die Polizei von Barcelona entdeckt. Es wurden bei einer Reihe von Mitgliedern eine Anzahl Gewehre und Patronen beschlagnahmt.

Türkei. Ueber einen türkisch-italienischen Zwischenfall berichtet ein Telegramm aus Tripolis. Der italienische Vorkonsole in Konstantinopel hat bei der Hofe Vorstellungen erhoben und Genehmigung dafür verlangt, daß einige Soldaten entgegen den geltenden Bestimmungen in den Garten des Dolmetschers des italienischen Vizekonsuls in Bengasi eingedrungen waren. Die Hofe hat hierauf den Rufesarrif von Bengasi angewiesen, die Soldaten vor Gericht zu stellen und dem italienischen Vizekonsul sein Bedauern über den Vorfall auszusprechen. — In den an die Türkei grenzenden Bezirken Persiens herrscht große Unruhmigkeit wegen der türkischen Ränkungen. Die persische Regierung ist jedoch eifrig bemüht, eine friedliche Lösung wegen des Lahidschanterritoriums zu erzielen.

